

# Berichte



2008

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

# 3

Deutsches Institut für Urbanistik

	<b>Standpunkt</b>		<b>Veranstaltungen</b>
2	Damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen ...	17	Difu-Ansprechpartnertreffen 2008 in Mülheim
	<b>Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>	19	Flächeninanspruchnahme: Wissensaustausch zwischen China, Indien und Deutschland
4	Innerstädtische Einkaufszentren: Große Herausforderungen für Kommunen und Einzelhandel	20	Difu-Fortbildungsprogramm 2009
6	Erhalt und Sicherung zentraler Versorgungsbereiche		<b>Neue Projekte</b>
8	Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt	22	Servicestelle Kommunaler Klimaschutz beim Difu angesiedelt
10	Wohnen in der Innenstadt: Neue Lebensstile, neue Wohnformen	23	Suchtprävention für Kinder und Jugendliche
11	Alternative Gestaltung städtischer Wasser- und Abwasserinfrastruktur	24	<b>Exklusiv für Difu-Zuwender</b>
12	Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs: City-Maut, Parkraummanagement und Umweltzonen	24	<b>Neu im Difu-Internet</b>
13	Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen	25	<b>Difu-aktiv</b>
14	Difu-Datenbanken unterstützen den kommunalen Wissenstransfer	25	<b>Difu-intern: Abschied nehmen</b>
16	Zufriedenheit der Bürger mit ihren Städten: Städtetypologie auf Basis der Europäischen Bürgerumfrage	26	<b>Mediennachlese</b>
		27	<b>Impressum</b>
		28	<b>Bestellschein</b>

# Damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen ...

## Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe am Difu wird erweitert



Dipl.-Soz. Kerstin Landua



Dipl.-Soz. Detlef Landua

Das Deutsche Institut für Urbanistik ist als größtes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum die Forschungs-, Fortbildungs- und Informationseinrichtung für alle Themen rund um die Stadt. Zu den Themenbereichen gehören unter anderem Siedlungsentwicklung, Flächennutzung und Städtebau, Wohnen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Finanzpolitik, Infrastruktur, Gesellschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsförderung, Verkehr, Umwelt, Bildung, Kultur und Denkmalpflege. Im Themenfeld der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet das Difu zukünftig auch das Thema „Frühe Hilfen“.

Die Schwerpunktlegung der Arbeitsbereiche am Difu bestimmt sich u.a. durch das Ziel, Beiträge zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen zu leisten. Dies betrifft Themen und Probleme des kommunalen Verwaltungshandelns, die aktuell in der Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit finden und solche, die einen zukunftsbezogenen Charakter haben. Auch zentrale Handlungsfelder des Bundes betreffen kommunale Aufgabenfelder. Im Sinne einer effizienten Gestaltung der Arbeiten und der Nutzung der kommunalen Erfahrungen unterstützt der Bund die Arbeit des Difu als Netzknoten der Stadtforschung sowohl institutionell als auch bei der Vergabe von Projekten, die für die kommunale Entwicklung eine besondere Relevanz haben. Sowohl die bedarfsorientierte Aktualisierung der Forschungsthemen als auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Bund haben aktuell dazu geführt, Kinder- und Jugendhilfe als Themenfeld am Difu ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist einer der größten Dienstleistungs- und Unterstützungssysteme des deutschen Sozialstaates. Angesichts des demografischen Wandels und der quantitativ abnehmenden Zielgruppe mit gleichzeitig zunehmendem Bedarf – beispielsweise im Bereich der Hilfen zur Erziehung – steht dieser Bereich vor der Herausforderung, bewährte Standards der sozialpädagogischen Leistungserbringung und einer angemessenen Personal- und Ressourcensteuerung aufrechtzuerhalten, umzuverteilen oder gegebenenfalls sogar auszubauen, zum Beispiel im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Spürbar ist momentan insbesondere der öffentliche Druck auf die Jugendämter, ihr „staatliches Wächteramt“ (noch) konsequenter als bisher auszuüben und härter gegen vermeintlich erziehungsunfähige Eltern vorzugehen. Immer mehr stehen Jugendämter mit ihrer Arbeit im Scheinwerferlicht einer kritischer werdenden Debatte, die viele Mitarbeiter in der Jugendhilfe zunehmend verunsichert und belastet.

Angesichts dieser Entwicklungsdynamik hat sich aber auch der Bedarf an permanenter Fortbildung und Qualifizierung der leitenden Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe in vielen Bereichen erhöht, z.B. bei der Qualität in Kindertageseinrichtungen, Kinderschutz (Umgang mit § 8a SGB VIII), „Frühe Hilfen“, Übergang Schule-Beruf (auch im Zusammenhang mit dem SGBII), den Qualitätsstandards im ASD. Hier ist spürbar, dass nach Erfahrungsaustausch, Unterstützung und Orientierung gesucht wird, um die eigene Handlungssicherheit zu erhöhen.

Was ist im Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe in den nächsten zwei Jahren vom Difu zu erwarten? Dieser Themenbereich wird künftig von der „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“ (AGFJ) bearbeitet. Zudem hat im Juni 2008 das neue Forschungsprojekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich früher Hilfen“ seine Arbeit aufgenommen. Darüber hinaus läuft die vierte Ausschreibung des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in dessen Mittelpunkt Kinder und Jugendliche als Zielgruppe des Wettbewerbs stehen.

Die AGFJ führt seit 1995 – bisher unter dem Dach des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) und nun im Difu – mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend regelmäßig bundesweite Fachtagungen und Workshops zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe durch. Die Veranstaltungen sollen in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen sowie der Bekanntmachung und Erörterung innovativer Modelle des Verwaltungshandelns bei schweren Problemen dienen.

Im November wird eine bundesweite Fachtagung zum Thema „Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus Früher Hilfen in Deutschland“ in Kooperation mit dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen und der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin e.V. stattfinden. Diese Tagung knüpft inhaltlich an das Forschungsprojekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich früher Hilfen“ an und wird im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt.

Was ist eigentlich Frühe Hilfe? Wie früh ist früh? Wer muss „früh“ dabei sein, damit Frühe Hilfen nicht zu spät kommen? Immer wieder haben in den letzten Jahren Meldungen über Fälle schwerer Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern die Öffentlichkeit schockiert. Mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ wurde daher eine Verzahnung von Gesundheitswesen und Jugendhilfe angestrebt, um den Schutzauftrag der staatlichen Gemeinschaft zu stärken. Frühe Hilfen setzen an, bevor sich ungünstige Entwicklungsverläufe in Familien stabilisieren und konzentrieren sich dabei gezielt auf die ersten Lebensjahre der Kinder, da Vernachlässigung und Misshandlung in dieser frühen Entwicklungsphase besonders schwerwiegende Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen.

Zentrale Voraussetzung für die Wirksamkeit Früher Hilfen ist das frühzeitige Wahrnehmen und Einschätzen von Gefährdungen. Deshalb ist es wichtig, möglichst frühzeitig einen Zugang zu den Familien zu finden. Vor allem über das Gesundheitssystem besteht die Möglichkeit, einen breiten und systematischen Zugang zu werdenden Eltern oder zu Eltern mit Kleinkindern zu bekommen. Kontakte dieser Art können über Geburtskliniken, Geburtsmeldungen bei Einwohnermeldeämtern oder im Rahmen von „Hausbesuchsdiensten“ aufgebaut werden. Allerdings stellen die Zugangsmöglichkeiten zu Familien nur ein Glied im Rahmen einer wirksamen Handlungskette Früher Hilfen dar. Sie bleiben weitgehend wirkungslos, wenn es nicht gelingt, Familien mit Problemlagen schnell und gezielt an geeignete Hilfe weiter zu vermitteln. Hinweise und Untersuchungen aus verschiedenen Bundesländern verdeutlichen, dass im Bereich Früher Hilfen mittlerweile eine Vielzahl präventiver Angebote und Projekte für Kinder und Familien vorhanden sind bzw. auf- und ausgebaut werden.

Die Zielstellung, Frühe Hilfen und soziale Frühwarnsysteme durch die Verzahnung von Jugendhilfe und Gesundheitssystem zu stärken beginnt nicht bei Null! Sie kann sich auf bereits bestehende Kooperationsstrukturen stützen. Allerdings ist festzustellen, dass die bislang vorhandenen Angebote nur teilweise die Anforderungen an ein funktionierendes kommunales Netzwerk im Bereich Frühe Hilfen erfüllen. So zeichnet sich die Zusammenarbeit bei vielen dieser Kooperationsformen durch eine eher geringe Verbindlichkeit aus, da sie nur selten auf klaren Vereinbarungen bzw. Kontrakten beruht. Nur eine strukturierte und damit verlässliche Kooperation zwischen Einrichtungen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitssystems und anderen familienbezogenen Hilfeinrichtungen erbringt jedoch einen deutlichen Qualitätszuwachs im Bereich Früher Hilfen und sozialer Frühwarnsysteme. Auch ist es mancherorts noch so, dass die Vernetzung beider Systeme teilweise auf Bedenken stößt, soweit sie mit der überwiegenden Zielstellung einer Stärkung des staatlichen Kontrollsystems und ohne die Bereitstellung begleitender Hilfen für die Familien einhergeht. Entsprechend formiert sich von mehreren Seiten Widerstand gegen eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen als Teil eines vernetzten Systems Früher Hilfen.

Für einen Erfolg Früher Hilfen sind gute Netzwerkstrukturen entscheidend. Besonders wichtig für die weitere Qualitätsentwicklung Früher Hilfen ist daher eine aufeinander abgestimmte Kooperation von Einzelmaßnahmen im Rahmen regionaler Hilfenetze. In diesem Zusammenhang kommt den kommunalen Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämtern eine besondere Bedeutung zu. Bislang liegen jedoch nur wenige Informationen über die bereits vorhandenen Kooperationsformen und Vernetzungsstrategien von Gesundheitswesen und Jugendhilfe vor.

Das neue Difu-Forschungsprojekt wird vorhandene Kooperationsformen und Vernetzungsstrategien kommunaler Steuerungsbehörden (Ziele, Ausrichtung, Umfang, Struktur und Qualität der Kooperationen) anhand einer Befragung aller Jugend- und Gesundheitsämter untersuchen. Außerdem soll die aktuelle Angebotsstruktur der vor Ort vorhandenen Maßnahmen bzw. Projekte im Bereich der Frühen Hilfen ermittelt werden. Auf der Fachtagung der AGFJ, die im November stattfinden wird, werden hierzu Beispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt und diskutiert werden.

#### **Weitere Informationen:**

Dipl.-Soz. Kerstin Landua  
Telefon: 030/39001-135  
E-Mail: landua@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua  
Telefon: 030/39001-196  
E-Mail: dlandua@difu.de

[www.fachtagungen-jugendhilfe.de/veranstaltungen/veranstaltungen.phtml](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/veranstaltungen/veranstaltungen.phtml)

# Innerstädtische Einkaufszentren

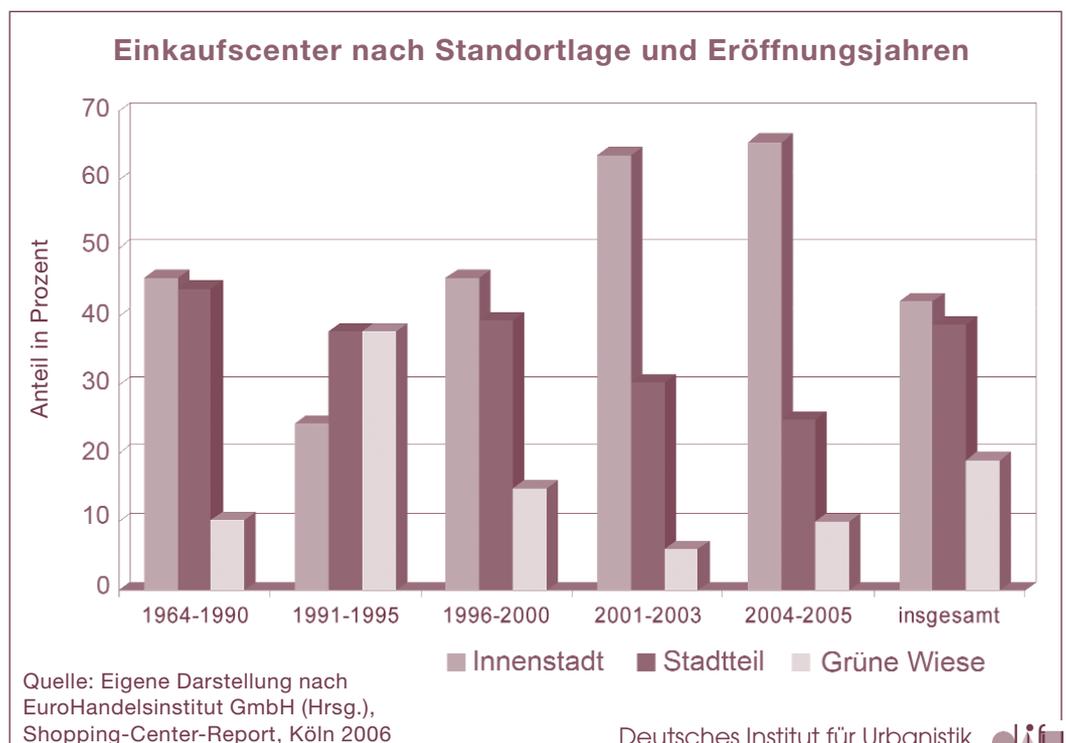
## Kommunen und Einzelhandel stehen vor großen Herausforderungen

### Entwicklungen, Chancen und Risiken

Große Einkaufszentren, also Anlagen mit mindestens 10 000 Quadratmetern Verkaufsfläche, haben in den deutschen Innenstädten seit einer Reihe von Jahren Konjunktur. Kaum ein Monat vergeht, in dem nicht irgendwo die Eröffnung einer neuen Mall gefeiert wird. Waren es in den 1990er Jahren vor allem die Großstädte, haben Investoren und Projektentwickler längst auch Mittelstädte für ihre Aktivitäten entdeckt – Gießen, Wetzlar und Hameln sind Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Zunächst einmal ist eine Entwicklung „Pro Innenstadt – contra Peripherie“ zu begrüßen: Siedelten Einkaufszentren und andere Handelsgrößformen in der Vergangenheit doch vorwiegend auf der Grünen Wiese und trugen dadurch mit zur Schwächung der Innenstädte bei, werden seit ungefähr zehn Jahren verstärkt Standorte in Innenstädten und Stadtteilzentren für solche Investitionen gesucht. Seit Ende der 1990er Jahre liegt der Anteil der Innenstadt-Center an allen neu errichteten Centern teilweise bei weit über 50 Prozent. Heute werden solche Anlagen – immerhin gab es zum Jahreswechsel 2006/2007 deutschlandweit 372 große Einkaufszentren mit einer Gesamtmietsfläche von rund zwölf Mio. Quadratmeter – zum ganz überwiegenden Teil in Innenstädten gebaut.

Dementsprechend finden die innerstädtischen Shopping-Center in der öffentlichen Diskussion viel Zustimmung. Vorbehalte gegen Investitionen in der Innenstadt können nicht nur aus stadtentwicklungspolitischen Gründen kaum ernsthaft vorgetragen werden. Allenfalls der Einzelhandel, der neue Konkurrenz fürchtet oder, bei besonders großen Einrichtungen, die Nachbarstädte, die ihre eigene Zentralität gefährdet sehen, stellen sich gegen neue Einkaufszentren. Daneben beklagen indes auch viele Fachleute vor allem das architektonische Einerlei der Einrichtungen sowie deren bauliche und soziale „Auf-Sich-Bezogenheit“, die zu wenig Rücksicht auf die gewachsene Stadt nimmt. An diesen, hier nur angerissenen durchaus kontrovers diskutierten Facetten wird deutlich, welche unterschiedlichen Gesichtspunkte bei der Ansiedlung solcher Einrichtungen eine Rolle spielen.

Deshalb gilt: Ein genaues Hinschauen ist unbedingt erforderlich, zumal Standort, Größe, Gestalt, Branchenmix und internes Management der neuen Einrichtungen völlig neue Strukturen in den Innenstädten schaffen, die das alte System Stadt nicht unberührt lassen. Positive Wirkungen treten nicht immer, nicht in allen Standortlagen und schon gar nicht von selbst ein. Bei einem Blick in die Städte



deutet einiges darauf hin, dass den Innenstädten durch ein zu massives und vorbehaltlos hingenommenes Vordringen zu groß dimensionierter, stereotyp angelegter und suboptimal verorteter Einkaufscenter nachhaltig geschadet werden kann. In diesen Fällen ist zu beobachten, dass betreiber-optimierte Center in die Städte „implantiert“ und die damit verbundenen Risiken von den Städten getragen werden. Dadurch wird die Stellung der Innenstädte als ideale Mitte europäischer Städte gefährdet, auch werden möglicherweise die Bemühungen des Bundes und der Länder konterkariert, die Innenstädte durch den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln und die Umsetzung von Projekten, wie „Ab in die Mitte“ oder „Nationale Stadtentwicklungspolitik“, weiter zu entwickeln. Das bedeutet, die Zukunft vieler Innenstädte kann auf dem Spiel stehen. Angesichts dieser entwicklungspolitischen „Gemengelage“ wird deutlich, dass Städte, die sich mit einer Centeransiedlung beschäftigen, vor außerordentlich schwierigen Entscheidungsprozessen stehen.

### Forschungsprojekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufscenter“

Unterstützung bei ihrer Arbeit erhalten die Rathäuser durch das unter Federführung des Difu kürzlich abgeschlossene Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufscenter“. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen mehrere Fragen:

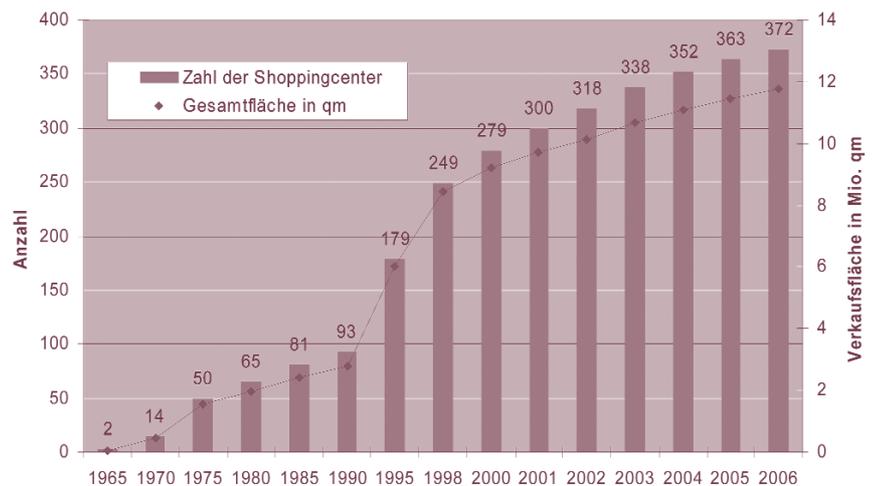
- Welche Wirkungen gehen von großen Einkaufscentern auf den innerstädtischen Einzelhandel aus?
- Wie fügen sich diese Handelsimmobilien in die gewachsenen Stadtstrukturen ein?
- Welche Entwicklungen sind in Innenstädten ohne große Einkaufscenter zu beobachten?

In Form einer klassischen Vorher-Nachher-Untersuchung wurden die Auswirkungen in zwölf Kommunen, welche einen breiten Querschnitt der bundesdeutschen Städtelandschaft widerspiegeln, untersucht: Bocholt, Düren, Erfurt, Hagen, Kempten (Allgäu), Osnabrück, Regensburg, Schwedt/Oder, Schwerin, Siegen, Wetzlar und Wilhelmshaven. Bremen, Mannheim, Minden und Potsdam wurden als Kommunen ohne Einkaufscenter in ihren Innenstädten in die Untersuchung einbezogen.

### Ausgewählte Untersuchungsergebnisse

Zwischen den beiden zentralen Zielen „Erhöhung der Zentralität“ sowie „weitgehender Erhalt und behutsame Weiterent-

## Entwicklung der Zahl der Einkaufscenter in Deutschland 1965–2006



Quelle: Eigene Darstellung nach EuroHandelsinstitut GmbH (Hrsg.), Shopping-Center-Report, Köln 2006

Deutsches Institut für Urbanistik



wicklung bestehender Einzelhandels- bzw. Innenstadtstrukturen“ besteht naturgemäß ein erheblicher Zielkonflikt: Eine starke Ausweitung des innerstädtischen Verkaufsflächenangebots führt zwar in der Regel zu Zentralitätsgewinnen, gleichzeitig jedoch auch zu einer deutlichen Veränderung der Lagestrukturen im Hauptgeschäftsbereich. Für die funktionale Struktur des bestehenden Hauptgeschäftszentrums sind dann die geringsten negativen Entwicklungen zu erwarten, wenn das Center in seiner Mitte liegt und es den Flächenbestand nur moderat erweitert – ein positiver Schub für 1a-Lagen wird in der Regel durch kleinere, integrierte Einkaufscenter ausgelöst. Und: Große Einkaufscenter in Innenstadtrandlagen sind von allen Lagekategorien am ehesten mit der Gefahr verbunden, die bestehenden Strukturen des Hauptgeschäftsbereichs ungünstig zu beeinflussen.

Innenstädte können sich jedoch auch ohne Einkaufscenter weiter positiv entwickeln und an Attraktivität sowie Zentralität zulegen. Unabdingbare Voraussetzung für „centerlose“ Entwicklungserfolge ist ein möglichst komplettes Einzelhandelsangebot mit modernen Einzelhandelsformaten in einem möglichst kompakten Innenstadtraum.

Die ausführlichen Untersuchungsergebnisse zu diesem hochaktuellen und brisanten Thema sowie Empfehlungen zum angemessenen Umgang mit dieser schwierigen Materie veröffentlicht das Deutsche Institut für Urbanistik in Kürze in der Reihe Edition Difu unter dem Titel „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufscenter“.

### Weitere Informationen:

Dr. Gerd Kühn  
Telefon: 030/39001-255  
E-Mail: kuehn@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

# Erhalt und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

## Neue Difu-Arbeitshilfe zur aktuellen Herausforderung und neuen Instrumenten

Im Januar 2007 veranstaltete das Difu ein Brennpunkt-Seminar zum Thema „Lebensmitteleinzelhandel an falschen Standorten? Muss nicht sein! Zum Einsatz von Zentrenkonzepten und Planungsrecht“. Die rege Nachfrage nach diesem Brennpunkt-Seminar zeigte, dass in den Städten und Gemeinden ein erhebliches Steuerungserfordernis zum Erhalt und zur Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche besteht. Zudem zeigte sich, dass das rechtliche Instrumentarium mit der Novellierung des BauGB zum 1.1.2007 wirkungsvoll weiterentwickelt wurde. Aufbauend auf informellen Einzelhandels- und Zentrenkonzepten können die Gemeinden nun das Bauplanungsrecht wirkungsvoll zur Anwendung bringen. Das Brennpunkt-Seminar war Ausgangspunkt für die Idee, das informelle und planungsrechtliche Instrumentarium zum Erhalt und zur Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in einer Arbeitshilfe aufzubereiten.

Zentrale Versorgungsbereiche sind nach der Rechtsprechung räumlich abgrenzbare Bereiche einer Gemeinde, denen aufgrund vorhandener Einzelhandelsnutzung – häufig ergänzt durch diverse Dienstleistungen und gastronomische Angebote – eine bestimmte Versorgungsfunktion für die Gemeinde zukommt. Diese Bereiche haben aufgrund ihrer Verkehrserschließung und -anbindung die Funktion eines Zentrums mit einem bestimmten Einzugsbereich und einem darauf abgestimmten Spektrum an Waren des kurz-, mittel- oder langfristigen Bedarfs. Daher geht es beim Erhalt und der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche um die Gewährleistung einer tragfähigen und gerechten Versorgungsstruktur für die Bevölkerung, und zwar auch für diejenigen Teile der Bevölkerung, die auf privat genutzte PKWs – aus welchen Gründen auch immer – verzichten müssen.

Zentrale Versorgungsbereiche sind zudem häufig Orte, mit deren Erscheinungsbild Städte und Gemeinden identifiziert werden, die gewissermaßen ihr Aushängeschild sind und sich damit positiv oder negativ auf das Image der Kommunen auswirken. Der Erhalt und die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche ist daher ein Kernelement einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Beim Erhalt und der Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche geht es nicht nur um Innenstadtzentren mit über das gesamte Stadtgebiet und darüber hinaus reichendem Einzugsbereich, in denen regelmäßig ein breites Spektrum von Waren angeboten wird. In den meisten Städten gibt es auch Nebenzentren, die einen mittleren Einzugsbereich (Stadtteile, Ortsteile) versorgen und in denen regelmäßig ein zumindest breiteres Spektrum von Waren für den mittel- und kurzfristigen, teilweise auch längerfristigen Bedarf angeboten wird. Schließlich gibt es Grund- und Nahversorgungszentren, die in der Regel nur bestimmte Quartiere größerer Städte oder kleinere Ortschaften versorgen und in denen vorwiegend Waren für den kurzfristigen Bedarf und ggf. auch für Teilbereiche des mittelfristigen Bedarfs angeboten werden. Auch Nebenzentren sowie Grund- und Nahversorgungsbereiche sind zentrale Versorgungsbereiche. Sie bedürfen wie die Innenstadtzentren wirkungsvoller, ihrem Schutz dienender Instrumente, weil die Strukturveränderungen im Einzelhandel und vor allem die große Dynamik im Bereich der „Lebensmitteldiscounter“, die sich häufig an dezentralen Standorten ansiedeln, in vielen Fällen zumindest in ihrer Summe die Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche nachteilig beeinflussen, zum Teil sogar deren Funktionsverlust bewirken.

Die neue Difu-Arbeitshilfe enthält eine systematische Aufbereitung des planerischen und rechtlichen Instrumentariums, das anhand zahlreicher Tipps, Beispiele und weiterführender Hinweise für die praktische Handhabung verdeutlicht wird. In dem Kapitel zur Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung geht es um die Berücksichtigung unterschiedlicher Anforderungen in verschiedenen Fallkonstellationen, die sich aus den spezifischen Planungszielen ergeben (siehe Übersicht).

Die Arbeitshilfe gibt Hinweise für rechtssichere und gleichermaßen praxistaugliche Festsetzungen und Begründungen und verdeutlicht diese an Beispielen für die jeweilige Fallkonstellation. Zudem finden sich für die Begründungen Checklisten, an denen sich die Planer bei der Aufstellung entsprechender Bauleitpläne orientieren



### Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

können. Zu jeder Fallvariante werden Planungsziele spezifiziert, Festsetzungsmöglichkeiten nach BauGB und BauNVO, ihre Voraussetzungen und Grenzen, die Anforderungen an die Begründung und städtebauliche Rechtfertigung, die in der jeweiligen Fallvariante relevanten speziellen Abwägungsaspekte sowie die bestehenden Verfahrensoptionen dargestellt. Behandelt werden auch die möglichen Entschädigungsansprüche nach dem Planungsschadensrecht sowie die Rechtsschutzmittel, also insbesondere die Normenkontrollklage.

Die Entwicklung neuer Einzelhandelsstandorte hat Auswirkungen über die Grenzen der einzelnen Gemeinde hinweg. Dementsprechend gibt es nicht nur auf der örtlichen Ebene ein Steuerungserfordernis, sondern darüber hinaus auch auf der überörtlichen Ebene. Die Landesplanung in allen Flächenbundesländern hat hierauf reagiert und Ziele der Raumordnung festgelegt, die auf den Erhalt und die Entwicklung zentraler Versorgungsstrukturen im überörtlichen Kontext hinzielen. Auf diese Instrumente wird in einem eigenen Kapitel der Arbeitshilfe eingegangen. Neben den Instrumenten der Landesplanung spielt dabei auch das „interkommunale Abstimmungsgebot“ nach § 2 Abs. 2 BauGB eine zentrale Rolle. Die sich hieraus ergebenden Anforderungen sind von der Rechtsprechung und durch den Gesetzgeber weiter präzisiert worden. Schließlich werden auch die Gestaltungsmöglichkeiten durch so genannte „regionale Einzelhandels- und Zentrenkonzepte“ thematisiert und deren Funktion erläutert.

Ausführlich widmet sich ein Kapitel der Arbeitshilfe den Regeln zur Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben unterschiedlicher Art und Größe in den Baugebieten, im unbeplanten Innenbereich und im Außenbereich. Auch hier ist die Darstellung systematisch und verarbeitet die Rechtsprechung und Literatur bis zum heutigen Stand. Ein Schwerpunkt liegt zweifellos auf der Darstellung der sich aus § 34 Abs. 3 BauGB ergebenden Anforderungen. Diese Regelung zielt ausdrücklich auf den Schutz zentraler Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in benachbarten Gemeinden vor schädlichen Auswirkungen. Eine ganze Reihe von Fragen zur Auslegung dieser Vorschrift sind durch die Gerichte bislang nicht abschließend geklärt worden. Zudem lässt sich feststellen, dass bei Anwendung der Vorschrift im Zulassungsverfahren zahlreiche auch praktische Abgrenzungsprobleme entstehen. In vielen Fällen dürften hier „Gutachteraussensetzungen“ um die Frage stattfinden, ob im konkreten Fall schädliche

## Übersicht

### Unterschiedliche Fallkonstellationen und Planungsziele zum Erhalt und zur Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

- Planerische Festlegung von zentralen Versorgungsbereichen mit den Unterfällen
  - ▲ Haupt- und Nebenzentren sowie
  - ▲ Grund- und Nahversorgungszentren
- Ausschluss von zentrenrelevanten Nutzungen außerhalb zentraler Versorgungsbereiche mit den Unterfällen
  - ▲ in Gebieten mit Bebauungsplan
  - ▲ Ausschluss im unbeplanten Innenbereich
- Festlegung von Standorten für großflächigen Einzelhandel mit nicht zentrenrelevantem Sortiment
- Überplanung von Problemgebieten mit zentrenrelevantem Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche

Auswirkungen auf einen zentralen Versorgungsbereich vorliegen. Um den damit verbundenen tatsächlichen und rechtlichen Risiken aus dem Weg zu gehen, ist den Städten und Gemeinden dringend anzuraten, klare Rechtsverhältnisse durch die Aufstellung von Bebauungsplänen zu schaffen. Grundlegend für eine bauleitplanerische Steuerung der Zentrenentwicklung ist praktisch eine fachlich fundierte Bestandsaufnahme der Einzelhandels- und Zentrenstruktur und darauf aufbauend die Festlegung von Entwicklungszielen für eben diese Zentrenstruktur. Dringend empfohlen wird deshalb in der Arbeitshilfe die Aufstellung informeller „Einzelhandels- und Zentrenkonzepte“, die diese fachliche Grundlage für eine rechtssichere Steuerung im Wege der Bauleitplanung, aber auch bei der Zulassung von Einzelhandelsvorhaben bietet. Welche inhaltlichen und prozessualen Anforderungen an solche „Einzelhandels- und Zentrenkonzepte“ zu stellen sind, wird deshalb ebenfalls verbunden mit zahlreichen Tipps, Beispielen und weiterführenden Hinweisen dargestellt.

Die Autoren Dr. Heinz Janning, langjähriger Beigeordneter der Stadt Rheine, Stefan Kruse, Mitinhaber des Büros Junker und Kruse in Dortmund, Dr. Arno Bunzel und Dr. Gerd Kühn, beide erfahrene Wissenschaftler im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), verbinden juristische und planerische Kompetenz genauso, wie wissenschaftliche und praktische Erfahrungen. Dem Prinzip der Arbeitshilfe folgend ist die Leitlinie der Darstellung nicht Vollständigkeit, sondern Praktikabilität und Konzentration auf das Wesentliche. Die Arbeitshilfe wird voraussichtlich Anfang Dezember erscheinen.



Fotos: Arno Bunzel

# Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt



Nach dem Start des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ im Jahr 1999 wurde am Deutschen Institut für Urbanistik zum Jahresende 2003 in der Nachfolge zur bisherigen Programmbegleitung die „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ eingerichtet. Diese neue Institution erhielt vom Bundesbauministerium – vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – die Aufgaben, das bundesweite Netzwerk zum Programm Soziale Stadt fortzuführen, um eine internationale Komponente zu ergänzen sowie eine dritte bundesweite Umfrage zur Sozialen Stadt durchzuführen und auszuwerten. Die erste Arbeitsphase der Bundestransferstelle wurde Anfang 2008 abgeschlossen, die Ergebnisse sind im „Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt“ veröffentlicht.

## Das Programm Soziale Stadt

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde initiiert, um der gewachsenen sozialräumlichen Polarisierung in deutschen Städten entgegenzuwirken sowie benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und zu stabilisieren. Neben der Investition in die Sanierung von Gebäuden und Wohnumfeld wurde von Anfang an auch die Intention verfolgt, die Lebenssituation der Quartierbewohner zu verbessern. Dazu sollen die Investitionen des Programms Soziale Stadt mit finanziellen Mitteln anderer Ressorts gebündelt werden.

Im Programm Soziale Stadt wurden bis zum Jahr 2007 etwa 500 Stadtteile in rund 320 Gemeinden mit einer Summe von mehr als zwei Milliarden Euro gefördert. Bei dieser Förderung finanziert der Bund jeweils ein Drittel des Jahresprogramms, Länder und Kommunen tragen die weiteren zwei Drittel. Jedes Jahr werden etwa 50 neue Quartiere in das Programm aufgenommen. Seit 2006 dürfen Mittel der Sozialen Stadt im Rahmen von Modellvorhaben auch für sozial-integrative Projekte eingesetzt werden. Zudem werden arbeitsmarktpolitische Ergänzungsprogramme wie das ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ des Bundesministeriums für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend in den Programmgebieten der Sozialen Stadt eingesetzt. Außerdem gibt es erste Initiativen in der Gesundheitsförderung und im Sportbereich, die in der Gebietskulisse der Sozialen Stadt ansetzen.

Das Programm setzt gebietsorientiertes, sozialräumliches Handeln und eine intensive Bewohnerbeteiligung voraus – für viele Kommunalverwaltungen anfangs eine große Herausforderung. Nicht ohne Grund wurde die Soziale Stadt von Beginn an auf allen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen, Quartiere – als „lernendes Programm“ verstanden, das offen für Veränderungen sein musste und noch immer ist.

## Wirkungen des Programms

Nach nunmehr neunjähriger Programmlaufzeit ist die Soziale Stadt nicht nur in der Fachwelt, sondern auch bei den Akteuren vor Ort – allen voran den Bewohnerinnen und Bewohnern der geförderten benachteiligten Stadtteile – bekannt. Umfragen, Evaluationsberichte und nicht zuletzt die vielfältigen Arbeitserfahrungen vor Ort bestätigen, dass sich in den Programmgebieten vieles zum Besseren gewandelt hat. Dies gilt vor allem für die Situationswahrnehmung in den Quartieren: Das Spektrum der Rückmeldungen reicht vom Gefühl, von Politik und Verwaltung nicht nur wahrgenommen, sondern ernst genommen zu werden, über die Feststellung, vieles habe sich im Stadtteil getan, bis hin zur Überzeugung, nun in einem lebenswerteren Quartier mit positiverer Grundstimmung zu wohnen und nicht mehr vom Rest der Stadt isoliert zu sein.

Vor allem bei Wohnumfeldgestaltung und Wohnungsqualität und beim Angebot sozial-kultureller Infrastruktur hat das Programm Soziale Stadt bisher positive Veränderungen erreicht. Auch die Qualität des Zusammenlebens konnte in vielen Gebieten – oftmals in Verbindung mit einem aufgewerteten Quartiersimage – verbessert werden. Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten und wachsende Eigeninitiative von Bewohnerschaft und anderen zentralen Akteuren sind weitere Erfolge des Programms. Bei den Handlungsfeldern, die sich für die Programmumsetzung als zentral herausgestellt haben,

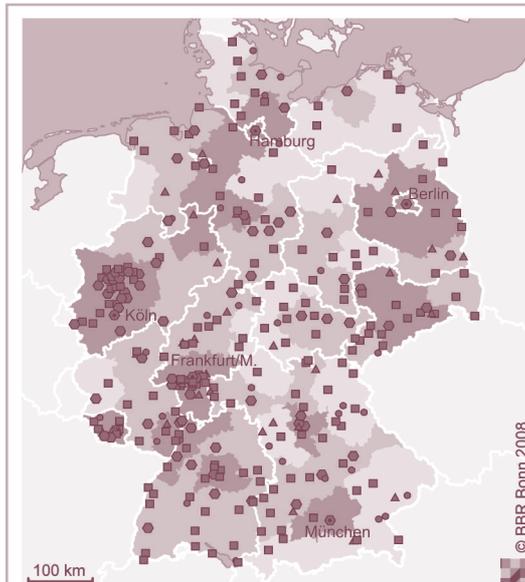
zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild: Während für Schule und Bildung, Integration von Zuwanderern sowie Gesundheitsförderung durchaus Fortschritte und Verbesserungen verzeichnet werden, klaffen im Handlungsfeld Lokale Ökonomie Wunsch und Wirklichkeit nach wie vor teilweise weit auseinander.

Auch im politisch-administrativen bzw. strategischen Bereich der Programmumsetzung kann eine Vielzahl positiver Programmwirkungen beobachtet werden. Hierzu zählen die Initiativfunktion des Programms für eine stärker kooperativ agierende Verwaltung, Erfolge bei der Bündelung der Soziale-Stadt-Mittel mit solchen für nicht-bauliche Maßnahmen sowie Fortschritte bei der Vernetzung lokaler Akteure, Institutionen und Initiativen. Verbesserungswürdig erscheinen jedoch die Gebietsorientierung einiger Kommunalressorts und die Einbeziehung beispielsweise von Zuwanderern, Wirtschaftsakteuren und Hauseigentümern.

Das Programm Soziale Stadt hat schließlich grundlegende Hinweise für die Weiterentwicklung der nationalen und internationalen Stadtentwicklung gegeben. In der „Initiative der Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ und in der „Leipzig-Charta“, die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, sind die im Programm praktizierten Ansätze einer integrierten Stadtentwicklung mit ressortübergreifender Kooperation und Mittelbündelung hervorgehoben.

### Verstetigung

Vor dem Hintergrund der zeitlichen Befristung des Programms Soziale Stadt und einer degressiv zu gestaltenden Mittelvergabe, wie für Finanzhilfen des Bundes in Art. 104b Grundgesetz vorgeschrieben, nimmt die Bedeutung von Verstetigungsstrategien auf Programmgebiets- und Verwaltungsebene zu. Es geht sowohl darum, wichtige Projekte, Akteursstrukturen und Netzwerke in den Quartieren nach Auslaufen der Sonderförderung am Leben zu halten, als auch um eine dauerhafte Verankerung des integrierten Vorgehens auf Verwaltungsebene. In der Realität zeigt sich jedoch, dass die Entwicklung von Verstetigungskonzepten noch längst nicht in allen Bundesländern auf der Tagesordnung steht. Dort, wo solche Ansätze erprobt werden, stoßen viele Akteure vor allem auf die Schwierigkeit, die notwendigen Finanzierungsgrundlagen dauerhaft sicherzustellen. Generell scheint sich der integrierte Ansatz erst in einigen Kommunen auch ohne zusätzliche Anreize durch Soziale-Stadt-Mittel als geeignete Strategie für die Entwicklung (nicht nur) benachteiligter



**Gemeinden im Programm Soziale Stadt, Programmjahr 2007**

Stadt-/Gemeindetyp	Siedlungsstruktureller Regionstyp
● Großstadt	■ Agglomerationsraum
■ Mittelstadt	□ Verstädterter Raum
▲ Kleinstadt	□ Ländlicher Raum
● Landgemeinde	

Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBR, Stand Februar 2008  
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2006

Stadtquartiere durchzusetzen. Zu einer Weiterentwicklung von Verstetigungsstrategien und -maßnahmen können auch ein breiterer Erfahrungsaustausch und eine intensivere Forschung zu diesem Thema beitragen.

Der komplette Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt mit Empfehlungen der Bundestransferstelle Soziale Stadt zur Weiterentwicklung des Programms steht im Internet zum Download zur Verfügung: [www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen)

### Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme  
Telefon: 030/39001-291  
E-Mail: [boehme@ifu.de](mailto:boehme@ifu.de)

Dipl.-Geogr. Thomas Franke  
Telefon: 030/39001-107  
E-Mail: [franke@ifu.de](mailto:franke@ifu.de)

**Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt**  
Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des BMVBS und des BBR  
2008. 114 S., vierfarbig  
Kostenloser Download unter: [www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen)



# Wohnen in der Innenstadt

## Neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Herausforderungen an die Städte

In einer 2005 veröffentlichten Difu-Studie zum Wohnen in der Innenstadt wurden anhand empirischer Befunde zu zwei innerstädtischen Wohngebieten Thesen zum Wohnen in der Innenstadt entwickelt. Die unter der Überschrift „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ publizierte Ergebnisse haben eine Vielzahl von Reaktionen hervorgerufen, die von Ablehnung und Skepsis bis zu uneingeschränkter Zustimmung reichen. Der dadurch angestoßene Diskussionsprozess auch infolge eines Difu-Seminars Ende 2005 ermutigte die Forschungsgruppe zu einer Folgestudie, deren Methodik im Vergleich zum Vorgängerprojekt weniger in der Primärerhebung zusätzlicher statistischer Daten als in der Überprüfung der Befunde anhand von Expertenbefragungen bestand. Hierzu wurden Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren geführt: Politik und Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Investoren, Makler, Mieterschutzvereine und Industrie- und Handelskammern. Die Ergebnisse dieser umfangreichen Folgestudie, die sieben Fallstudienstädte näher untersucht, stellen die Basis des neuen DfK-Heftes dar, in dem Gregor Jekel und Franciska Frölich von Bodelschwingh (Difu) die zentralen Ergebnisse des Projekts vorstellen.

Die Ursachen für die sich abzeichnende verstärkte Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum liegen maßgeblich in den prägenden Prozessen des demographischen Wandels begründet: Schrumpfung, Alterung, Heterogenisierung und Vereinzelung. Dies führt dazu, dass das städtische Wohnen für Bevölkerungsgruppen an Attraktivität gewinnt, die bislang nicht zu den klassischen Innenstadtbewohnern gezählt wurden. Prof. Dr. Walter Siebel (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) legt in seinem Beitrag die veränderten Anforderungen an das Wohnen auf Grund des demographischen Wandels, veränderter Lebensweisen und Arbeitsstrukturen sowie die Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Innenstadtbewohner dar.

Die wieder entdeckte Attraktivität des innerstädtischen Wohnens geht auch auf die sich wandelnden Wohnpräferenzen bestimmter Lebensstile zurück. Dr. Joachim Scheiner (Universität Dortmund) stellt in seinem Beitrag die Bedeutung von Lebensstilen für

Wohnmobilität und Wohnstandortverhalten der Bevölkerung innerstädtischer Wohngebiete vor. Er geht dabei auch auf die Möglichkeiten zur politisch-planerischen Beeinflussung von Wohnstandortentscheidungen durch die Bereitstellung von Wohnstandortinformationen ein.

Dass sich der zunehmende Wunsch nach innerstädtischem Wohnen nicht überall in empirischen Befunden wie steigenden Einwohnerzahlen niederschlägt, hängt im Wesentlichen mit der Angebotsseite zusammen: Entweder steht nicht in ausreichendem Maße Wohnraum zur Verfügung, oder er entspricht nicht den Anforderungen der nachfragenden Nutzergruppen. Offensichtlich entwickeln sich mit den neuen Nutzergruppen auch Wohnwünsche, die von den gängigen Anbietern von Wohnraum nicht abgedeckt werden können. Daher wird im zweiten Abschnitt des Bandes der Blick auf die neuen Wohnformen gelenkt und der Frage nachgegangen, welche Rolle sie in der Innenstadtentwicklung als Ergänzung zu den etablierten Anbietern von Wohnraum spielen können:

Ausgehend von den Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates im Zuge von Alterung und Vereinzelung erörtert Dr. Albrecht Göschel (Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung), welche Rolle gemeinschaftliche Wohnformen als Alternativen und Ergänzungen zu staatlichen und familialen Versorgungskonzepten spielen können, welche Motivationen und welche Erwartungen an diese Projekte daraus folgen.

Auch Wohnungsgenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Differenzierung des städtischen Wohnungsangebotes. Obendrein bilden sie neben den öffentlichen Wohnungsunternehmen die tragende Säule sozialer Wohnraumversorgung und liefern mit ihren über die Wohnraumversorgung hinausgehenden Aktivitäten in vielfacher Weise Beiträge zur Stadtentwicklung und zur sozialen Stabilisierung von Quartieren. Das Potenzial von Wohnungsgenossenschaften für die soziale Stadtentwicklung wird daher in einem Beitrag von Dr. Stephan Beetz (Institut für Genossenschaftswesen der Humboldt-Universität zu Berlin) thematisiert.



Güstrow



Fotos: Gregor Jekel

Baugemeinschaft in Braunschweig

Als Nutzergruppe innerstädtischen Wohnraums gewinnen Bewohner mit Migrationshintergrund künftig weiter an Bedeutung. Für diese Entwicklung sind Konzepte insbesondere im Umgang mit dem Wohnungsbestand großer Wohnungsunternehmen gefragt. Daher soll auch der Frage nach Steuerungsmöglichkeiten und -erfordernissen nachgegangen werden. Probleme und Lösungsmöglichkeiten einer großen Wohnungsbaugesellschaft im Umgang mit einer sozial und ethnisch heterogenen Bewohnerschaft zeigt Prof. Dilger (Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte Wohnstadt GmbH) auf.

Welche Herausforderungen ergeben sich aus den beschriebenen Entwicklungen für die Kommunen? Dieser Frage gehen im dritten Teil des Themenhefts Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann und Gregor Jekel (Difu) nach und legen dabei den Fokus auf Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des innerstädtischen Wohnens. Wichtige Aspekte sind in diesem Zusammenhang die Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung, Unterstützungsmöglichkeiten für die neuen Lebensstile und Wohnformen sowie Strategien, die das Wohnen in der Innenstadt insgesamt stärken.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Geograph Gregor Jekel  
Telefon: 030/39001-190  
E-Mail: jekel@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

# Alternative Gestaltung städtischer Wasser- und Abwasserinfrastruktur

## Technikrecherche im Rahmen des Projekts „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“

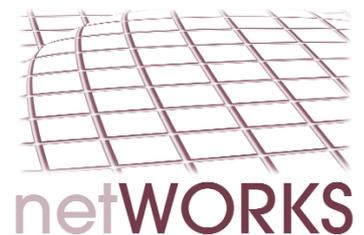
Der Forschungsverbund netWORKS hat es sich mit dem Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit Ver- und Entsorgungsunternehmen aus sechs unterschiedlichen Untersuchungskommunen langfristig tragfähige Infrastrukturkonzepte zu entwickeln. Einen Untersuchungsschwerpunkt bildet dabei die Frage, inwieweit semi- und dezentrale Lösungen ökonomisch und ökologisch effizienter sind und im existierenden betrieblichen Rahmen sukzessive angewandt werden können.

Mit einer aktuell abgeschlossenen Technikrecherche legt der Forschungsverbund netWORKS eine Bestandsaufnahme ausgewählter nationaler und internationaler Erfahrungen und Projekte zu technischen Möglichkeiten der alternativen Gestaltung städtischer Ver- und Entsorgungsinfrastruktur vor. Aufgezeigt werden die zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten und deren bereits realisierte Anwendungen. Berücksichtigt wurden Umsetzungen im Rahmen von Forschungs- und Pilotvorhaben sowie bereits realisierte Projekte im Großmaßstab zu alternativen Konzepten der Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Gewonnene Betriebserfahrungen wurden, soweit vorliegend, ausgewertet.

Die vom IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH durchgeführte Technikrecherche ist eingebettet in einen umfangreichen Vergleich von internationalen Programm- und Projektaktivitäten zur Zukunft städtischer Infrastrukturen.

Die Studie ist als netWORKS-Paper Nr. 24 erschienen und kann kostenlos beim Deutschen Institut für Urbanistik bezogen werden. Sie kann auch als PDF-Datei von der Internetseite des Projekts heruntergeladen werden (<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/index.phtml>). Weitere Informationen zum Projekt und nähere Informationen zum Forschungsverbund und zum Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ sind im Internetangebot unter [www.networks-group.de/](http://www.networks-group.de/) zu finden. Das Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert.



**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: libbe@difu.de  
[www.networks-group.de](http://www.networks-group.de)

# Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs

## Parkraummanagement, City-Maut und Umweltzonen

Fossile Treibstoffe sind knapp und teuer. Knapp ein Fünftel des klimaschädlichen Kohlendioxid-(CO<sub>2</sub>)Ausstoßes in Deutschland kommt vom Verkehr. Er verursacht Luftverunreinigungen und Lärm. Zerschneidung und Flächenverbrauch durch Verkehrswege beeinträchtigen die Lebensqualität in Städten und Natur, zugleich hält die Verwahrlosung abgelegener Straßen und Bahnhöfe mangels Geld an.

In den vergangenen Jahren haben der Ausbau des Straßennetzes und des regionalen Schnellbahnverkehrs die Erreichbarkeit der Kommunen zwar verbessert, jedoch gleichzeitig Zersiedelung und zu viel Kfz-Verkehr bewirkt. Die gewachsene Motorisierung erweiterte die Mobilitätsoptionen der Kfz-Halter und belastet Kommunen und Einwohner über die Grenzen hinaus – ihr Verhalten muss sich erheblich wandeln, wenn künftig weniger Energie zur Verfügung steht als heute.

Der neue Band der Difu-Impulse liefert aktuelle Praxisbeispiele zur Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs. Andreas Kossack stellt ausländische Erfahrungen mit City-Maut Systemen z.B. aus London, Stockholm und Singapur vor. Michael Lehmbrock und Angelika Uricher zeigen Beispiele der Parkraumbewirtschaftung, unter anderem aus Antwerpen, San Francisco und München. Außerdem stellen Michael Lehmbrock und Cornelia Rösler die ersten Erfahrungen mit den in Deutschland seit 2007 eingerichteten Umweltzonen vor.

Der Autoverkehr in innerstädtische Gebiete kann durch Parkraumbewirtschaftung, durch City-Maut oder durch Einfahrtsverbote bzw. physische Zufahrtsbeschränkungen reduziert werden. Parkraumbewirtschaftung (PRB) und City-Maut sind Beispiele für den Einsatz ökonomischer Anreize zur Bewirtschaftung des Verkehrs. Während deutsche Kommunen bislang vor allem die Instrumente der Parkraumbewirtschaftung nutzen und zusätzlich Umweltzonen einführen, kommen Beispiele für Zufahrtsverbote und City-Maut bisher überwiegend aus dem Ausland.

Die Einführung von Umweltzonen und die sukzessive Verschärfung der Standards führen in der Praxis zu einer deutlichen Umstel-

lung der Fahrzeugflotten auf schadstoffarme Fahrzeuge. Das Instrument der Umweltzone leistet damit bei konsequenter Anwendung einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Luftverunreinigungen durch Feinstäube und Stickstoffdioxid. Zudem sind bei Lärmminderung und Klimaschutz positive Wirkungen zu erwarten. Flächenhafte Parkraumbewirtschaftung ist ein bewährtes Instrument mit nachgewiesener Wirkung. Bei konsequenter Umsetzung und verbessertem Management sind wesentliche Effizienzgewinne möglich. Wo effektive Verkehrssteuerung aufgrund der Emissionsbelastungen und der örtlichen Situation unvermeidbar ist, kann mit Parkraummanagement die notwendige Verkehrssteuerung in Verbindung mit anderen Maßnahmen der Verkehrslenkung und des Mobilitätsmanagements erreicht werden. Die Einführung einer City-Maut sollte erwogen werden, wenn bereits eingeführte Steuerungsinstrumente nicht ausreichend stark wirken.

Der praktische und politische Aufwand für Einführung, Betrieb und Überwachung einer City-Maut ist beträchtlich. Er wird sich nur lohnen, wenn ein Gebiet in einer Gemeinde sowohl unter hohen Verkehrsbelastungen leidet, aber auch attraktiv genug ist, um die Konkurrenz zu Nachbarorten nicht zu scheuen. Es sollte über gute Alternativangebote zur äußeren und inneren Erschließung verfügen (z.B. im SPNV, ÖPNV, Radverkehr und Car Sharing), und Bevölkerung, Gewerbetreibende und Besucher sollten für die Fragen der städtischen Lebensqualität und die Umweltbelange sensibilisiert sein.

Wegen des hohen Finanzbedarfs für Unterhalt und Betrieb der vorhandenen Infrastruktur eignen sich weder die Parkraumbewirtschaftung noch eine City-Maut als Grundpfeiler zur Finanzierung des kommunalen Verkehrs. Dazu sollte erwogen werden, als Ergänzung zu den bestehenden Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuern und zur LKW-Maut auf Bundesautobahnen auf den Straßen aller Baulastträger eine fahrleistungsabhängige Lkw- und Pkw-Maut einzuführen.



### Weitere Informationen:

Dipl.-Volksw. Tilman Bracher  
Telefon: 030/39001-260  
E-Mail: bracher@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Wolf-Christian-Strauss

# Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen

## Fallbeispiele aus der Abfallwirtschaft

„Privat geht vor Staat“ – Diese postulierte Maxime hat in den letzten 20 Jahren auf verschiedenen Ebenen zu einer verstärkten Privatisierung staatlicher bzw. kommunaler Aufgaben und Leistungen geführt. Öffentliche Einrichtungen wurden gemeinhin als langsam, teuer, bürokratisch und wenig effizient bezeichnet. Die Tendenz wies somit, auch im Zuge der Diskussion um eine gesellschaftliche Modernisierung, nur in eine Richtung: hin zu einer verstärkten Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

In einigen kommunalen Bereichen scheint jedoch das Pendel die bisher angezeigte Richtung zu wechseln. Vor dem Hintergrund auslaufender Verträge mit privaten Dritten müssen Kommunen eine Entscheidung hinsichtlich einer weiteren Beauftragung (Neuausschreibung) oder einer Rückübertragung der Leistung (Rekommunalisierung) treffen. In den letzten Jahren haben einzelne Kommunen vormals privatisierte Leistungen in verschiedenen Bereichen wieder in ihre operative Gestaltungshoheit zurückgenommen. In diesem Kontext wird mitunter von einer Renaissance der Kommunen gesprochen. Doch ob es sich dabei um eine Trendwende oder nur um Ausnahmefälle handelt, ist derzeit noch nicht geklärt.

Vor diesem Hintergrund wurde vom Difu eine Kurzstudie zur Rückübertragung von operativen Dienstleistungen am Beispiel der Abfallwirtschaft durchgeführt. Mit der Studie soll den Kommunen eine erste Hilfestellung für Entscheidungsprozesse zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen einer Literatur- und Internetrecherche wurden sowohl konkrete Beispiele betrachtet als auch gesellschaftliche und politische Aspekte herausgearbeitet. Während eines Fachgesprächs mit kommunalen Experten wurden Beispiele aus der Abfallwirtschaft diskutiert und Kriterien/Faktoren für eine Rückübertragung identifiziert. Des Weiteren wurde die Übertragbarkeit der Ergebnisse und Handlungsweisen auf andere Kommunen überprüft.

Ausgelöst vor allem durch negative Privatisierungsbeispiele findet ein Wandel des Meinungsbildes statt. Neu ist, dass Privatisierungen von einem immer größeren Anteil der Bürger, der Medien und auch von ver-

schiedenen politischen Ebenen, hinterfragt werden. Dass mit Privatisierungen zwangsläufig Kostenersparnisse bzw. Effizienzsteigerungen einhergehen, konnte anhand bisheriger Erfahrungen nicht in jedem Fall bestätigt werden. Auch im Sektor der Abfallwirtschaft haben verschiedene Kommunen festgestellt, dass durch Privatisierungen nicht alle originären Ziele erreicht wurden.

Rückübertragungen von Leistungen im Bereich der Abfallwirtschaft wurden inzwischen von verschiedenen Kommunen durchgeführt und in weiteren wird ein solcher Schritt diskutiert. Gründe, die im Rahmen der kommunalen Entscheidungsfindung – für oder gegen eine Rückübertragung – eine Rolle spielen, sind in ökonomischen, sozialen und ökologischen Bereichen zu finden. So wurde festgestellt, dass in vielen Fällen mit einer Rückübertragung zum Beispiel eine Verbesserung im Hinblick auf verschiedene Faktoren erzielt werden konnte: Kostensituation, Qualität und Sicherheit, Marktstrukturen, Löhne der Mitarbeiter, Service- und Bürgerfreundlichkeit, Einfluss-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten, Einflussnahme auf regionale Nachhaltigkeits- und Umweltziele.

Die Rückübertragung ist jedoch in den meisten Fällen mit großem Zeit- und Arbeitsaufwand seitens der Kommune verbunden. Die Durchführung einer Rückübertragung, umfasst dabei mehrere Schritte, wie etwa eine Kriterienüberprüfung, Konzeptentwicklung sowie der Entscheidungsfindung und der Implementierung. Die Kommunen müssen abhängig von der jeweiligen Ausgangslage unterschiedliche Maßnahmen umsetzen, um etwa mit den Kosten der Privaten konkurrieren zu können.

Die Fallbeispiele zeigen, dass bei den Kommunen die Kompetenz, Maßnahmen zu entwickeln, um hochwertige operative Entsorgungsleistungen zu günstigen Preisen selbst durchzuführen, vorhanden ist. Kommunen haben nicht nur die Kompetenz, sondern auch den Willen, eine Rückübertragung umzusetzen.

Die Kurzstudie erscheint in der Veröffentlichungsreihe der „Difu-Papers“.



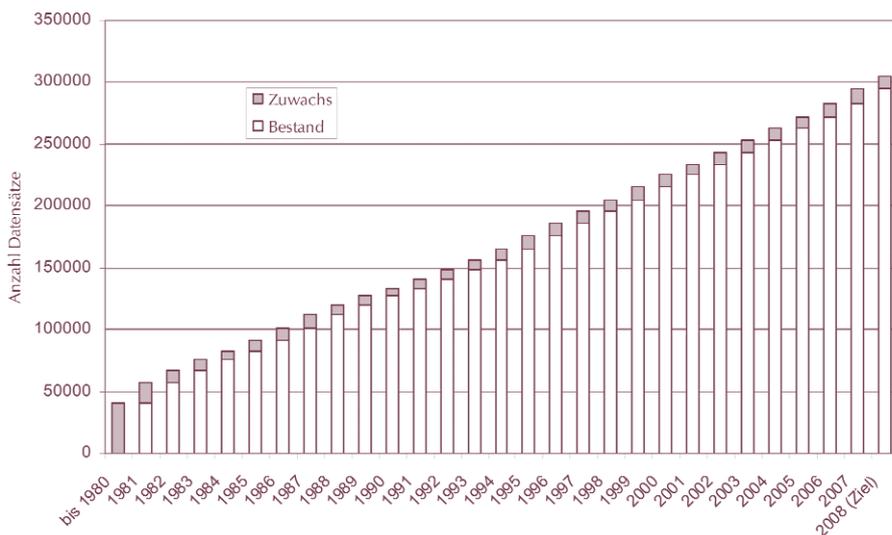
**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Ing. Maic Verbücheln  
Telefon: 0221/340 308-12  
E-Mail: verbuecheln@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

# Difu-Datenbanken unterstützen den kommunalen Wissenstransfer

ORLIS und *kommDEMOS* bieten umfangreichen Erfahrungsschatz für Kommunen

Wachstum der ORLIS-Datenbank 1975 bis 2008



Quelle: Difu

Deutsches Institut für Urbanistik



Relevante Literatur von und für Kommunen sowie kommunalbezogene Umfragen und deren Ergebnisse: Informationen hierüber werden seit Jahrzehnten in den beiden Difu-Datenbanken ORLIS und *kommDEMOS* für Kommunen praxistauglich aufbereitet.

Die beiden Datenbanken passierten im Sommer 2008 zwei markante Wegmarken: Die

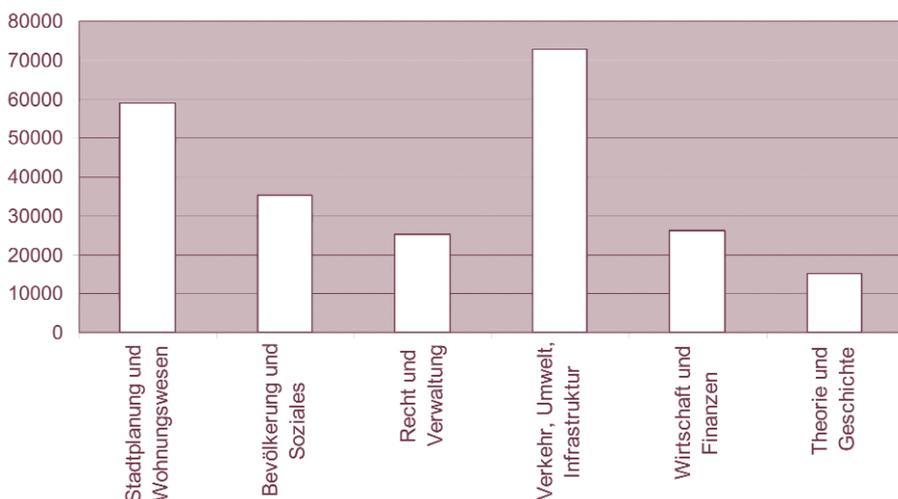
ORLIS-Literaturdatenbank überschritt die Marke von 300 000 Literaturnachweisen und *kommDEMOS* erreichte die Anzahl von 2 000 standardisierten Beschreibungen kommunaler Umfragen. Zwei stattliche Datenbanken sind also herangewachsen, die weit vor der Zeit begründet worden sind, in der die Schlagworte vom „Wissenstransfer“ und „Wissensmanagement“ Konjunktur bekamen. Mit großer Konstanz hat das Difu über Jahrzehnte die Fülle des kommunalen Schrifttums sowie das nicht leicht zu durchschauende Dasein kommunaler Umfragen strukturierend erschlossen und in ein elektronisches Informationsangebot über „Texte und Zahlen“ zu verwandelt.

Je umfangreicher eine Datenbank ist – gemessen an der Zahl der in ihr enthaltenen Informationsnachweise – desto größer wird die Gefahr, bei ihrer Nutzung in der Informationsflut zu ertrinken. Diese Erfahrung mit der unübersichtlichen Fülle großer Informationsmengen kennt jeder bei der Recherche im Internet, das zwar ein gewaltiges, aber wenig strukturiertes Informationspotenzial bietet. Die Informationen in den Difu-Datenbanken sind dagegen strukturiert aufbereitet. Über Inhaltskategorien, zeitliche und regionale Eingrenzungen sowie eine Schlagworterschließung werden Literaturnachweise und Befragungen differenziert recherchierbar.

Die Grafiken zeigen den Inhalt der ORLIS-Datenbank in der Aufschlüsselung nach Themenfeldern.

Eine zielgerichtete Informationssuche erfolgt durch die Kombination von inhaltlichen, zeitlichen und regionalen Kriterien. So ergibt eine einfache Sachgebietsrecherche zum Themenfeld „demographischer Wandel“ die kaum zu bewältigende Anzahl von ca. 1 300 Informationsnachweisen. Die Suchanfrage lässt sich jedoch auf ein überschaubares und detailliert auf die Fragestellung ausgerichtete Rechercheergebnis präzisieren. So ergibt eine am wissenschaftlichen „State of the art“ ausgerichtete Recherche im Demographiebereich durch Nutzung der Kategorie „Dokumententyp“ und

ORLIS-Sachgliederung



Quelle: Difu, Stand September 2008

Deutsches Institut für Urbanistik



unter Einschränkung des Erscheinungsjahres eine überschaubare Anzahl von 130 Forschungsberichten und Dissertationen aus den letzten fünf Jahren.

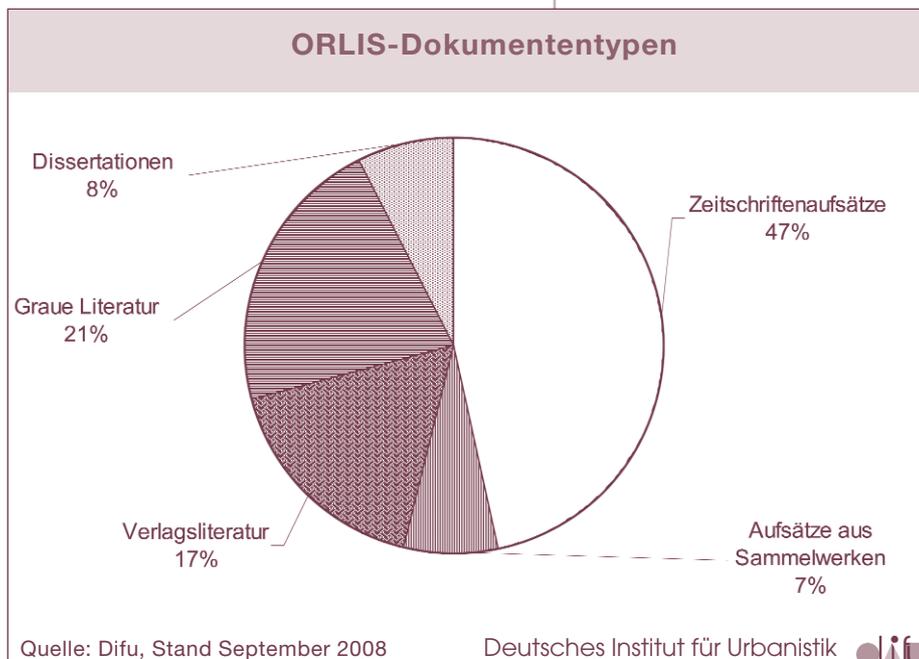
Im Nachweissystem kommunaler Umfragen *kommDEMOS* hingegen stellt sich das Problem zu großer Informationsmengen (noch) nicht. Die folgende Übersicht zeigt jedoch, dass die nach Sachgruppen sortierte Anzahl der Befragungsnachweise stark variieren.

Auch hier stehen für differenzierende Recherchen zahlreiche Kategorien zur Verfügung, die jedoch an den statistisch-methodischen Eigenschaften einer Befragung anknüpfen (z.B. Art des Auswahlverfahrens, Befragungsrücklauf, Befragungsweise). Bei *kommDEMOS* kann zusätzlich in tiefer räumlicher Differenzierung recherchiert werden (z.B. nach Raumtypen wie Region, Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt, Stadtteil).

Rund 900 Anfragen zu allen kommunalen Sachgebieten werden monatlich online an die Difu-Datenbanken gerichtet. Die Fragestellungen sind breit gestreut und reichen von Arbeitsmarktpolitik über Klimaschutz, Doppik oder regionalen Clustern bis hin zum Thema *Zersiedlung*.

Ziel beider Difu-Datenbanken ist es, den Kommunen beim Wissenstransfer Hilfestellung zu geben. Darüber hinaus hat im Zeitablauf eine Fülle von informationstechnischen Innovationen dafür gesorgt, dass die Datenbanken den Informationsbedürfnissen ihrer Nutzer angepasst werden konnten. So wurde in den letzten Jahren eine wachsende Zahl von PDF-Dateien mit dem vollständigen Inhalt der Literaturdokumente bzw. den Ergebnisberichten von Befragungen in die Datenbanken eingearbeitet. Damit entfällt für den Nutzer die unter Umständen zeit- und ressourcenaufwändige Beschaffung interessanter Informationen, was sich eindrucksvoll an den Abrufzahlen ablesen lässt: Innerhalb von drei Jahren hat sich die Nutzung verzehnfacht: Durchschnittlich 18 000 Volltexte werden zurzeit monatlich aufgerufen.

Beide Difu-Datenbanken erheben keinen Anspruch auf eine – wie auch immer definierte – Vollständigkeit des Informationsnachweises. Sehr wohl aber kann für sie in Anspruch genommen werden, wie keine andere Datenbank auf die spezifisch kommunalen Aufgaben deutscher Städte und Gemeinden abgestimmt zu sein. Hierzu tragen die Städte in besonderer Weise selbst bei, indem sie dem Difu ihre eigenen Publikationen gedruckt oder als PDF überlassen.



Es gehört zur Difu-Institutspolitik, die über 100 Zuwerderstädte beim Zugang zu den Datenbanken zu privilegieren. Dies findet seinen Ausdruck darin, dass für diese Städte und jeden dort beschäftigten Mitarbeiter sowie die kommunalen Mandatsträgern ein kostenfreier Online-Zugang zu ORLIS und *kommDEMOS* besteht. Einen solchen komfortablen Zugang haben auch weitere Institutionen, die zu den Trägern des Difu gehören (z.B. der Deutsche Städtetag, das BMVBS und das BBR, das Land Berlin sowie seine Bezirke).

Beide Datenbanken stehen aber auch kostenpflichtig beim IRB Stuttgart der Allgemeinheit zur Verfügung. Darüber hinaus bietet das Difu im Verbund mit weiteren Partnern aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien mit dem Portal URBADOC ein europaweites Informationssystem für die Wissenschaft und Praxis an.

#### Weitere Informationen:

Für Zuwerderstädte:  
Kostenfreier Zugang zu ORLIS, *kommDEMOS* und Volltexten über das Difu-Extranet:  
[www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

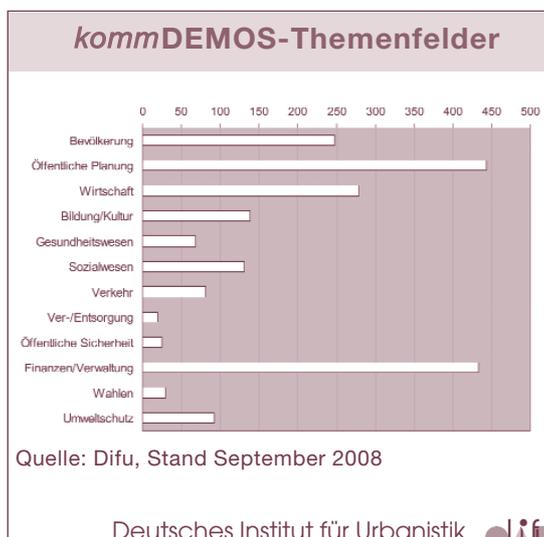
Für andere Interessenten (kostenpflichtig): Zugang über das Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau:  
[www.irbdirekt.de/stadt-raumplanung/](http://www.irbdirekt.de/stadt-raumplanung/)

Für Interessenten an europäischen Quellen (kostenpflichtig):  
Urbadoc – Das europäische Datenbankangebot zu Kommunalpraxis und -forschung:  
[www.urbadoc.com/](http://www.urbadoc.com/)

Frei zugängliche Themendatenbanken (jeweils Auszüge aus ORLIS):

- Jugendhilfe: [www.fachtagungen-jugendhilfe.de/literaturdatenbank/](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/literaturdatenbank/)
- Flächenverbrauch/-politik: [www.refina-info.de/literaturdatenbank/](http://www.refina-info.de/literaturdatenbank/)
- Fahrradverkehr: [www.nationaler-radverkehrsplan.de/literaturdatenbank/](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/literaturdatenbank/)
- Soziale Stadt: [www.soziale-stadt.de/literaturdatenbank/](http://www.soziale-stadt.de/literaturdatenbank/)

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)



# Wie zufrieden sind Bürger mit ihren Städten?

## Städtetypologie auf der Basis der Europäischen Bürgerumfrage 2006

### Weitere Informationen

Dipl.-Sozialwiss.  
Antje Seidel-Schulze  
Telefon: 030/39001-198  
E-Mail:  
seidel-schulze@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

### Hintergrund

Im Rahmen des Europäischen Urban Audit wurde im November 2006 zum zweiten Mal seit 2004 der so genannte „Urban Audit Perception Survey“ als Bürgerumfrage in 75 europäischen Städten durchgeführt. Ziel dieser Umfrage war es, die lokalen Wahrnehmungen der Lebensqualität anhand von subjektiven Einschätzungen der Bürger zu messen. Dazu wurden in einer Telefonumfrage je etwa 500 Personen pro Stadt befragt und 23 Fragen zur Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen gestellt bzw. die Zustimmung zu einzelnen Aussagen abgefragt. Der Fragenkatalog umfasste die Lebensbereiche Gesundheit, ÖPNV, Umwelt, Kultur, die Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung sowie den Arbeits- und den Wohnungsmarkt der Stadt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) nutzt diese Daten nun für eine weitere Auswertung, die die Erstellung einer europäischen Städtetypologie auf Basis von Bürgerumfragedaten zum Ziel hat.

### Methode

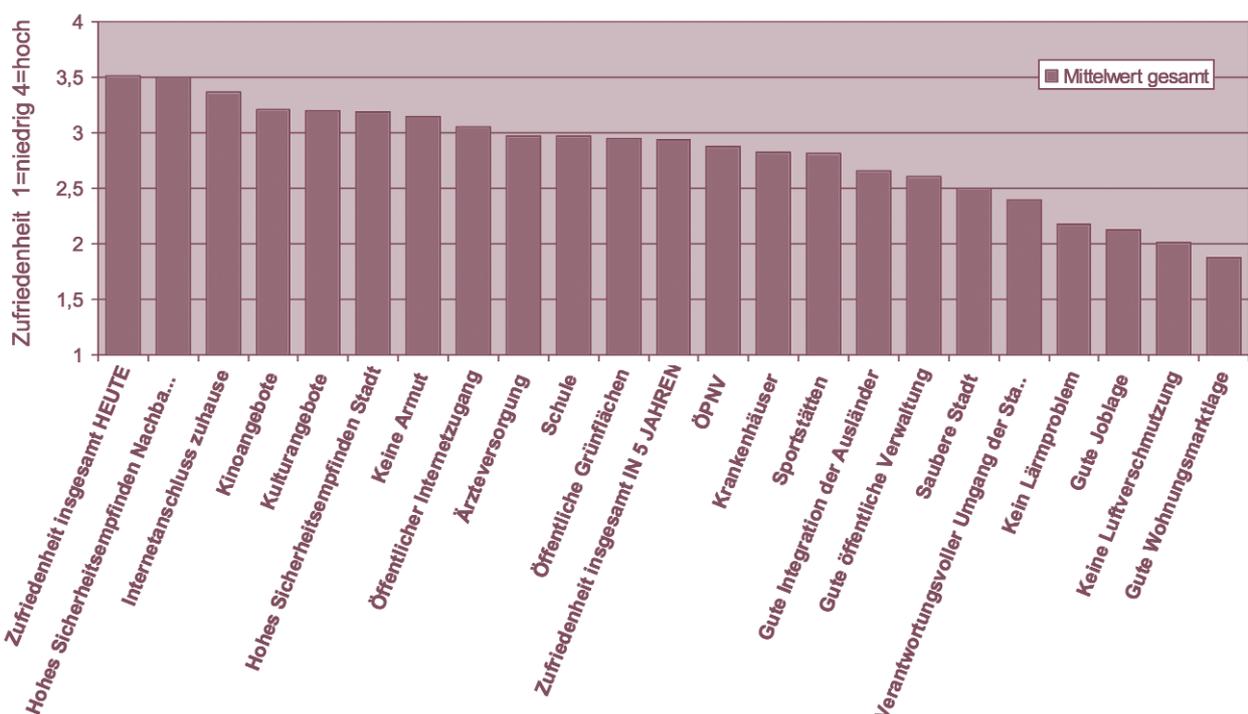
Die Typologie wird mittels einer Clusteranalyse erstellt. Dieses multivariante statistische Verfahren gruppiert ähnliche Objekte (in diesem Fall die 75 europäischen Städte) so, dass Gruppen bzw. Cluster mit möglichst ähnlichen Städten entstehen. Wegen der besonderen und vielfältigen Datenlage wurde vorab eine Faktorenanalyse durchgeführt, die die vorliegenden Variablen auf einzelne Faktoren reduziert hat. In einem zweiten Schritt wurden exemplarisch einzelne Merkmale aus dem Urban Audit-Datenkatalog mit den Angaben der Bürger verglichen.

### Erste Ergebnisse

Die Faktorenanalyse ergab vier Faktoren, vier „Bündel“ aus (statistisch) ähnlichen Merkmalen:

- „Wohnungsangebot und Arbeitsmarkt“,
- „Zufriedenheit mit Verwaltung, Umgang der Stadt mit Ressourcen und Schulen“

European Perception Survey 2006  
Mittelwerte aller 75 Städte



Quelle: European Perception Survey 2006 und eig. Berechnungen

Deutsches Institut für Urbanistik



- „Umwelt und Sicherheit“ und Kultur“,
- Segregation und Gesundheit“.

Mit den jeweiligen Faktorwerten wurden die Städte in eine Clusteranalyse einbezogen, aus der sieben Cluster bzw. Gruppen von Städten hervorgingen. Diese Gruppen stellen jeweils einen Typ dar und werden aus „ähnlichen“ Städten gebildet, das heißt, aus Städten in denen Bürger relativ ähnliche Antworten gaben. Die ermittelten Cluster sind stabil, gut abgrenzbar und weitestgehend gut interpretierbar.

So gibt es u.a. eine Gruppe von Städten, deren wichtigstes Kennzeichen gute Jobs und teure Wohnungen sind. Dazu gehören vor allem die Hauptstädte der Europäischen Union. Dann gibt es „Die Neuen“, das sind vor allem Städte in Osteuropa, in denen die Bürger einen hohen Nachholbedarf bei den Lebensbedingungen konstatieren und sehr hohe Erwartungen an die Zukunft haben. Einen weiteren Typus bilden Städte, in denen sich Bürger in jeder Frage unterdurchschnittlich zufrieden bzw. zustimmend äußern. Hierzu gehören wenige, aber durchaus etablierte Städte, wie Athen und Neapel.

Ein weiterer Typus ist die Gruppe der „Optimisten“, die sich durch hohe Zukunftserwartungen auszeichnen und das, obwohl es eher wenige Jobs, nur mäßige Infrastruktur, dafür aber günstigen Wohnraum gibt. Hier findet man auch einige osteuropäische Städte, in denen die Arbeitsmarktlage offenbar schlechter ist, als in den osteuropäischen Städten, die das Cluster der „Neuen“ bilden.

Gemeinsam ist allen Clustern, dass die höchste Bewertung unter allen Fragen (die Bewertungen der Zufriedenheit bzw. Zustimmung wurde auf einer Skala von eins bis vier angegeben) jeweils für die „Allgemeine Zufriedenheit insgesamt (heute)“ abgegeben wurde. Dies kann inhaltlich betrachtet als positives Ergebnis gewertet werden, und es spricht für die gute Lebensqualität in den europäischen Städten, auch wenn für die Zukunft, das heißt bei der in fünf Jahren erwarteten Zufriedenheit, die Erwartungen auf einen Gesamtmittelwert von 2,9 zurückgehen.

Die ausführlichen Ergebnisse der Auswertung werden in Kürze als Difu-Paper veröffentlicht.

#### Tipps zum Weiterlesen:

**Informationen zum Europäischen Urban Audit**  
[www.urbanaudit.org/](http://www.urbanaudit.org/)

**Informationen zum Urban Audit in Deutschland**  
[www.staedtestatistik.de/urban-audit.html](http://www.staedtestatistik.de/urban-audit.html)

**Ergebnisse der Europäischen Bürgerumfrage 2006**  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/survey062007\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/survey062007_de.pdf)

## Difu-Ansprechpartnertreffen 2008

### Erfahrungs- und Wissensaustausch in der Stadt Mülheim

Am 22. und 23. September 2008 trafen sich die Kontaktpartner des Deutschen Instituts für Urbanistik in der Stadthalle in Mülheim an der Ruhr bei ihrem Jahrestreffen zu Workshops, Vorträgen, Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Treffen vertiefen die Kontakte zwischen den Städten und dem Difu, gleichzeitig dienen sie auch dem Erfahrungsaustausch unter den Städten. Neben Berichten über neue Arbeitsergebnisse und -planungen des Instituts wurden in bewährter Manier aktuelle kommunalrelevante Themen im Rahmen von Workshops bearbeitet.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim, Dagmar Mühlenfeld, begrüßte die Teilnehmer und berichtete über Mülheims künftige Stadtentwicklungsaktivitäten. Nach der Einführung durch Difu-Institutsleiter Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann vertiefen die Teilnehmer in Workshops die Themen

- „Stadtpolitik und neue Wohnformen“,

- „Große Einkaufszentren – Fluch oder Segen für die Innenstädte?“,
- „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte in Stadtreionen“,

angeregt durch Impulsreferate der Difu-Moderatoren Gregor Jekel, Dr. Gerd Kühn und Wolf-Christian Strauss.

Am Abend begrüßte Bürgermeisterin Renate aus der Beek die Teilnehmer zum Empfang der Stadt Mülheim im eindrucksvollen Marmor-saal der Stadthalle. Die in diesem Rahmen von Klaus Beisiegel, Dezernat Umwelt, Planen und Bauen, gezeigte kurzweilige und sehr informative Präsentation des Ruhrbania-Projekts vergegenwärtigte dem Teilnehmerkreis deutlich die ambitionierten und zugleich zukunftssichernden Pläne Mülheims.

Am zweiten Veranstaltungstag regten die Kurzvorträge von Holger Floeting, Cornelia Rösler und Dr. Busso Grabow zur weiteren



Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld eröffnete das Difu-Jahrestreffen 2008

Ob in Einzelgesprächen, in den Workshops, Diskussionen im Anschluss an die Vorträge oder auch im Plenum: Beim Difu-Jahrestreffen spielt der Erfahrungsaustausch eine zentrale Rolle.

Fotos: Sybille Wenke-Thiem



Diskussion über folgende Themen an:

- Wissen und Kreativität als Wachstumsmotoren
- Kommunaler Klimaschutz
- Investitionen in die Infrastruktur



Das I-Tüpfelchen und zugleich gelungener Abschluss der Veranstaltung war der Besuch der Camera Obscura mit Begleitausstellung, die interessante Blicke aus ganz neuer Perspektive auf die Stadt Mülheim eröffnete.



Als sehr geeigneter Veranstaltungsort für das von der Stadt Mülheim unter der Regie von Difu-Ansprechpartner Rolf Hornbostel perfekt organisierte Treffen erwies sich die zum moderneren Konferenz- und Tagungszentrum umgebaute Stadthalle. Neueste Raumaufteilungs- und Tagungstechnik wurden hier gekonnt mit vorhandenen Elementen der alten Stadthalle verbunden. Dies trug sicherlich zur guten Atmosphäre der Veranstaltung bei.



Die Planungen für das nächste Treffen 2009 haben bereits begonnen. Anregungen für das nächste Treffen wie auch Vorschläge für künftige „Austragungsorte“ sind wie immer herzlich willkommen.



Workshop-Papiere, Powerpoint-Folien sowie alle weiteren Unterlagen des Treffens finden die Difu-Ansprechpartner sowie weitere Interessenten aus Rat und Verwaltung der Difu-Zuwanderstädte wie immer nach dem Treffen im Difu-Extranet:  
[www.difu.de/extranet/vortraege/](http://www.difu.de/extranet/vortraege/)

**Weitere Informationen:**  
Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-208/-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

Download: [www.difu.de/extranet/vortraege/08-ansprechpartnertreffen/](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08-ansprechpartnertreffen/)



# Wissensaustausch zwischen China, Indien und Deutschland

## Strategien zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme präsentiert

Neueste Ergebnisse aus der Difu-Forschung präsentierten Dr. Stephanie Bock und Thomas Preuß am 23. Juli 2008 im Rahmen des Workshops „Governing Farmland Conversion in the Quest for Sustainability – Comparing China and Germany“, der gemeinsam vom Fachgebiet Ressourcenökonomie der Humboldt-Universität zu Berlin sowie des College of Land Management der Nanjing Agricultural University im Rahmen eines Forschungsprojekts der Robert-Bosch-Stiftung durchgeführt wurde.

Anhand von Projektbeispielen stellte Stephanie Bock verschiedene im BMBF-Förderprogramm „REFINA“ entwickelte Strategien zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme auf kommunaler und regionaler Ebene vor. Thomas Preuß präsentierte die im ExWoSt-Vorhaben „Fläche im Kreis“ getesteten instrumentellen Ansätze einer stadt-regionalen Flächenkreislaufwirtschaft und führte in den rechtlichen Rahmen für Flächennutzung und Bodenschutz in Deutschland ein.

In intensiven Diskussionen betrachteten die Wissenschaftler aus China, Deutschland und Indien die in Deutschland und China jeweils in der Landnutzungs- und Flächennutzungsplanung zu Grunde liegenden Rahmenbedingungen und Entscheidungsstrukturen, Aspekte der Bürgerbeteiligung, Ansätze des Ausgleichs für die Flächeninanspruchnahme sowie Möglichkeiten der Quotierung von Flächenverbrauchsmengen. Neben dem Difu und der gastgebenden Humboldt-Universität waren von deutscher Seite das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V., Müncheberg, sowie das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS), Erkner sowie von indischer Seite die University of Agricultural Sciences, Bangalore, beteiligt.

Als wesentliche Unterschiede zwischen den Ländern wurden der planerisch-administrative Top-Down-Ansatz in China und die kommunale Selbstverwaltung in Belangen der Flächennutzung in Deutschland identifiziert. Während in China die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme für die langfristige Gewährleistung der Nahrungsmittelversorgung als notwendig erachtet wird, stehen in Deutschland eher Aspekte des

Erhalts städtebaulicher Funktionen und Qualitäten sowie der langfristigen Effizienz von Infrastrukturen im Vordergrund. In China konzentriert sich die Siedlungsentwicklung auf Millionenstädte und ihre Agglomerationen, in Deutschland vollzog sie sich dagegen vorrangig an den Rändern der Städte bzw. in den nichtzentralen Orten.

Gemeinsam ist beiden Ländern, dass noch keine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch erreicht wurde und in beiden Ländern gesetzte nationale Ziele für die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme kaum erreichbar erscheinen. Verantwortlich hierfür sind nach Einschätzung der am Workshop beteiligten Experten vorrangig Anreize für die Ausweisung von Siedlungsflächen, mangelnde finanzielle Anreize für einen sparsamen Umgang mit Boden und das daraus resultierende Verhalten der am Flächengeschehen beteiligten Akteure. Auf großes Interesse bei den chinesischen Gesprächspartnern trafen die in Deutschland praktizierten Ansätze der interkommunalen Kooperation, der Bürgerbeteiligung und Kommunikation sowie methodische Ansätze des Flächenmonitorings und der empirischen Sozialforschung, unter anderem der Planspielansatz.



Fläche  
im  
Kreis



### Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock  
Telefon: 030/39001-189  
E-Mail: [bock@difu.de](mailto:bock@difu.de)  
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß  
Telefon: 030/39001-265  
E-Mail: [preuss@difu.de](mailto:preuss@difu.de)  
[www.refina-info.de](http://www.refina-info.de)



# Difu-Fortbildungsprogramm 2009

## Neue Themen, Dauerthemen, Themenvielfalt



Das Fortbildungsprogramm enthält die für das Jahr 2009 geplanten Veranstaltungen des Deutschen Instituts für Urbanistik. Wie gewohnt wird eine breite, kommunalrelevante Themenpalette angeboten. So decken die Veranstaltungen die Themenfelder Stadtentwicklung/Stadtplanung und Planungsrecht, kommunale Wirtschafts und Finanzpolitik, Bildungs-, Integrations- und Umweltpolitik sowie Verkehrsplanung und Verwaltungsmodernisierung ab. Bei sehr hoher Nachfrage werden Wiederholungen angeboten oder aus aktuellem Anlass zusätzliche Seminare veranstaltet. Diese greifen als „Brennpunkt-Seminare“ besonders aktuelle kommunalrelevante Themen auf und werden kurzfristig ins Programm genommen.

Über das allgemeine Seminar- und Fachtagungsangebot hinaus bietet das Difu seinen Zuwanderstädten weiterhin exklusiv die bewährten Inhouse-Veranstaltungen zu den für Zuwanderstädte geltenden Sonderkonditionen an. Themenabgrenzung und inhaltliche Ausgestaltung geschehen in enger Absprache mit der jeweiligen Stadt.

Die Themen für das erste Halbjahr 2009 sind im Programmheft ausführlicher beschrieben, während für das zweite Halbjahr zunächst Kurztexte formuliert sind, um die Veranstaltungen bei Notwendigkeit ggf. an aktuelle Entwicklungen anpassen zu können. Die Programme mit detaillierten Ablaufinformationen werden wie immer gleich nach dem Erscheinen auf der Difu-Homepage veröffentlicht und Interessenten zugeschickt.

Das Fortbildungsprogramm informiert auch über den jährlich stattfindenden Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung, der 2009 in Greifswald stattfindet.

Das Themenfeld Jugend und Jugendhilfe wird schwerpunktmäßig durch mehrere Veranstaltungen der „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“ (AGFJ) abgedeckt. Die Veranstaltungen werden im Internet unter [www.fachtagungen-jugendhilfe.de](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de) zu finden. Gleiches gilt für Veranstaltungen, die vom Difu im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplanes angeboten werden. Die Programme hierzu sind unter folgender Internet-Adresse zu finden: [www.fahrradakademie.de/veranstaltungen/2008-2009/](http://www.fahrradakademie.de/veranstaltungen/2008-2009/)

### Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Gerd Kühn  
Telefon: 030/39001-255  
E-Mail: [kuehn@difu.de](mailto:kuehn@difu.de)

## 1. Halbjahr

### **Veranstaltungshallen im Zeichen von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel**

Fachtagung, 9.–10. Februar 2009, Berlin

### **Umsetzung der EU-Verordnung 1370/2007 in nationales Recht**

Seminar, 16.–17. März 2009, Berlin

### **Kommunen als Stoffstrommanager – die Abfallwirtschaft auf neuen Wegen**

Fachtagung, 17.–18. März 2009, Köln

### **Stadtplanung in der Bundesrepublik – quo vadis?**

Seminar, 23.–25. März 2009, Berlin

### **Pensionslasten sachgerecht abbilden – Rückstellungen in der kommunalen Bilanz**

Seminar, 2.–3. April 2009, Berlin

### **Stadtentwicklungsplanung in Zeiten zunehmender Fragmentierung**

Seminar, 20.–21. April 2009, Berlin

### **14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten**

Kongress, 27.–28. April 2009, Münster

### **PPP-Infrastrukturprojekte – Chancen und Risiken**

Seminar, 4.–6. Mai 2009, Berlin

### **39. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung in Zusammenarbeit mit der Stadt Greifswald**

Erfahrungsaustausch, 6.–8. Mai 2009, Greifswald

### **Qualitätsmanagement – Strategischer Erfolgsfaktor einer leistungsstarken Verwaltung**

Seminar, 11.–12. Mai 2009, Berlin

### **Innovationsförderung durch öffentliche Beschaffung? Potenziale, Risiken und Praxisbeispiele**

Fachtagung, 12.–13. Mai 2009, Stuttgart

### **Immobilienmanagement: Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften**

Seminar, 8.–9. Juni 2009, Berlin

**Städtebaurecht aktuell – Klimaschutz, Luftqualität, Lärm und andere Umweltfaktoren im Städtebau**

Seminar, 15.–17. Juni 2009, Berlin

**Gender Mainstreaming – Wo stehen die Städte und Gemeinden?**

Seminar, 22.–23. Juni 2009, Berlin

**Kommunaler Klimaschutz im Verkehrsbereich – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten**

Seminar, 22.–23. Juni 2009, Berlin

**2. Halbjahr**

**Lernen aus neuen Stadtquartieren – qualifizierte städtebauliche Dichten**

Seminar, 2. Halbjahr 2009, Berlin

**Integrierte Stadtentwicklung – eine Standortbestimmung**

Seminar, 2. Halbjahr 2009, Berlin

**Megatrends und ihre Auswirkungen auf das City- und Stadtmarketing**

Fachkongress,  
14.–15. September 2009, Berlin

**Verkehrsentwicklungsplanung, wie geht's weiter? Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft**

Seminar, 21.–23. September 2009, Berlin

**Kommunale Wohnungspolitik im Wandel**

Seminar, 24.–25. September 2009, Berlin

**Green IT in der öffentlichen Verwaltung. Kosten senken und Leistungen verbessern durch energieeffiziente Informationstechnik**

Fachtagung, 28.–30. September 2009, Berlin

**Sicherung zentraler Versorgungsbe-  
reiche – Strategien und Instrumente der Kommunen**

Seminar, 5.–6. Oktober 2009, Berlin

**Korruptionsprävention als Standortfaktor**

Seminar, 12.–14. Oktober 2009, Berlin

**Europäische Dienstleistungsrichtlinie**

Seminar, 19.–21. Oktober 2009, Berlin

**Vorbereitende Untersuchungen und Sozialpläne nach BauGB**

Seminar, 26.–28. Oktober 2009, Berlin

**Wissen und Kreativität – Schlagworte oder neue Ansätze für urbane Wachstumskonzepte?**

Fachtagung, 2.–3. November 2009, Berlin

**Stadtumbau – Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung**

Seminar, 9.–10. November 2009, Berlin

**Weltkulturerbestätten in Deutschland – Erfahrungen und Perspektiven**

Seminar, 23. November 2009, Köln

**Energie- und ressourceneffiziente Siedlungsentwicklung**

Seminar, 23.–24. November 2009, Berlin

**Kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung**

Seminar, 25.–26. November 2009, Berlin

**Bildung in der Stadt – Schule und Arbeitswelt**

Seminar, 30. November – 1. Dezember 2009, Berlin

**Strategisches Investitionsmanagement: Langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen**

Fachtagung, 7.–9. Dezember 2009, Berlin

**Weitere geplante Veranstaltungen für 2009**

**Sportentwicklungsplanung**

Seminar, 27.–29.4.2009, Berlin

**Kommunale Wirtschaftsförderung**

Seminar, 25.–26.5.2009, Berlin

**Integrationsmonitoring**

Seminar

**Vergaberecht**

Seminar

**Weitere Informationen:**

Organisationssekretariat  
Telefon: 030/39001-258/259/148  
E-Mail: [fortbildung@difu.de](mailto:fortbildung@difu.de)  
Telefax: 030/39001-268  
[www.difu.de](http://www.difu.de)

**Fortbildungsprogramm 2009 zum Download**

[www.difu.de/seminare/difu-seminare-gesamtprogramm.pdf](http://www.difu.de/seminare/difu-seminare-gesamtprogramm.pdf)

**Fortbildungsprogramm 2009 HTML**

[www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml](http://www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml)

**Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte 2008/2009**

**Investitionsrückstand und -bedarf?**

12. November 2008

**Erneuerungschancen für die Stadt: Industrielle Brachen in Barcelona Buchpräsentation „stadtmachen.eu“**

3. Dezember 2008

**Sieben Jahre Stadtumbau Ost: Was wurde erreicht?**

21. Januar 2009

**Klimaschutz: Neue Herausforderungen für Kommunen?**

18. Februar 2009

**Weitere Informationen:**

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-208/-209  
E-Mail: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de)

Nähere Informationen zu den Veranstaltungen:  
[www.difu.de/seminare/08-09-difu-dialoge.pdf](http://www.difu.de/seminare/08-09-difu-dialoge.pdf)

# Servicestelle Kommunaler Klimaschutz

Beim Deutschen Institut für Urbanistik wird die neue Servicestelle eingerichtet



Die Bundesregierung startete zu Beginn des Jahres 2008 eine umfassende Klimaschutzinitiative mit dem Ziel, die Potenziale für den Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Nutzung regenerativer Energien kostengünstig zu realisieren. Außerdem sollen zukunftsweisende Klimaschutztechnologien und innovative Ideen durch Modellprojekte unterstützt und verbreitet werden. Dazu werden umfangreiche Förderprogramme aufgelegt.

Die Kommunen gehören zu den zentralen Zielgruppen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Denn in Kommunen wird aufgrund der räumlichen Konzentration sowie der unterschiedlichen Nutzungen (Wohnen, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Freizeit) ein großer Teil klimarelevanter Emissionen erzeugt.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) fördert die Erstellung von Klimaschutzkonzepten und die begleitende Beratung bei deren Umsetzung, die Anwendung klimaschützender Maßnahmen mit vergleichsweise geringer Wirtschaftlichkeitsschwelle sowie Modellprojekte zum Klimaschutz in nicht kommerziellen sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen.

Dafür wurde – gefördert durch das BMU – eine übergeordnete „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eingerichtet. Sie soll als Service- und Beratungseinrichtung für Kommunen dienen und zugleich einen Wegweiser durch bestehende Fördermöglichkeiten bieten.

Die Arbeit der bundesweit agierenden Servicestelle umfasst folgende Aufgaben:

- Öffentlichkeitsarbeit zum Förderprogramm, insbesondere mit Blick auf die Zielgruppe der Kommunen;
- Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe „Kommunaler Klimaschutz“;
- Beratungs- und Serviceleistungen zum kommunalen Klimaschutz.

## Die Förderrichtlinie

Die Förderrichtlinie (Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative) wurde am 18. Juni verabschiedet und trat mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger (Ausgabe Nr. 96 vom 1. Juli 2008, S. 2339) in Kraft.

Weitere Informationen zur Förderrichtlinie (Kurzbeschreibungen, Merkblätter) stehen im Internet zum Download bereit unter: [www.kommunaler-klimaschutz.de](http://www.kommunaler-klimaschutz.de)

Informationen zum Antragsverfahren finden Interessierte zudem im Internet auf der Seite [www.fz-juelich.de/ptj/klimaschutzinitiative](http://www.fz-juelich.de/ptj/klimaschutzinitiative).

## Auftaktkonferenz

Am 19.6.2008 fand zum Auftakt des Förderprogramms die Konferenz „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes“ in Berlin statt. Die Konferenz wurde vom Bundesumweltministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden veranstaltet und durch das Difu unterstützt.

Im Rahmen der Konferenz wurden sechs Kommunen mit ihren vorbildlichen Projekten und Maßnahmen zum Klimaschutz vorgestellt:

- Landeshauptstadt München
- Stadt Münster
- Stadt Neckarsulm
- Stadt Merkendorf
- Region Hannover
- Kreis Steinfurt

Zu ihren vorbildlichen Maßnahmen, die andere Kommunen zur Nachahmung anregen sollen, wurden Kurzfilme präsentiert. Interessenten können eine DVD dieser Kurzfilme über die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ erhalten (solange Vorrat reicht) oder diese als Download unter [www.kommunaler-klimaschutz.de](http://www.kommunaler-klimaschutz.de) abrufen.

**Weitere Informationen:**  
Sekretariat der Servicestelle  
Telefon: 0221/340308-15  
E-Mail: [kontakt@kommunaler-klimaschutz.de](mailto:kontakt@kommunaler-klimaschutz.de)

[www.kommunaler-klimaschutz.de](http://www.kommunaler-klimaschutz.de)

Foto: Wolf-Christian Strauss

# Suchtprävention für Kinder und Jugendliche

## Startschuss für den vierten Bundeswettbewerb: Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention

Im September 2008 haben die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung den Startschuss für den 4. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ gegeben. Während die letzten zwei Wettbewerbe zu den Themen Tabak- bzw. Alkoholprävention ausgeschrieben waren, steht diesmal mit dem Thema „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ erstmals eine Zielgruppe im Mittelpunkt des Wettbewerbs.

Zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden eingeladen. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (z. B. Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Schulen, Sportvereine) sind als Bewerbung auch willkommen, sie können jedoch ausschließlich als Bestandteil der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden.

Gesucht werden Wettbewerbsbeiträge zu allen Bereichen der kommunalen Suchtprävention für Kinder und Jugendliche. Das heißt, der Wettbewerbsbeitrag kann

- spezifische Suchstoffe (z.B. Alkohol, Tabak, Cannabis) und Suchtformen (z.B. Spielsucht) in den Blick nehmen,
- suchstoffübergreifend angelegt sein,
- auf spezifische Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sein,
- auf Suchtprävention für Kinder und Jugendliche aus suchbelasteten Familien zielen,
- auf Settings (z.B. Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Ausbildungsstätten) orientiert sein,
- auf Probleme und Themen hoher Aktualität (z.B. „Flatrate-Partys“, „Komatrinken“, Nichtraucherenschutz) eingehen.

Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme stellt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich lobt die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen 10 000 Euro für einen

Sonderpreis aus; das Thema ist im Internet abrufbar. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2009. Die Preisverleihung findet voraussichtlich am 29. Juni 2009 in Berlin statt.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Dokumentation dargestellt und veröffentlicht. Außerdem werden nach der Preisverleihung alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation ins Internet eingestellt.

Mit der Betreuung des Wettbewerbs ist das Difu beauftragt worden, wo für die Laufzeit des Wettbewerbs ein Servicebüro eingerichtet ist. Dort können Bewerbungsunterlagen angefordert und die Wettbewerbsbeiträge eingereicht werden. Das Büro steht zudem für alle Rückfragen zur Verfügung.

### 4. Wettbewerb



Kommunale Suchtprävention

### Anforderung von Bewerbungsunterlagen

Wettbewerbsbüro  
Suchtprävention:  
Ina Kaube  
Telefon: 030/39001-131  
E-Mail:  
suchtpaevention@difu.de  
Informationen im Internet:  
www.kommunale-suchtpraevention.de



Foto: BZgA

# Exklusiv für Difu-Zuwender

Neue Seminarberichte und Vorträge im Difu-Extranet.

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

[www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/).

Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren [www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml](http://www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml)

## Vorträge im Rahmen der Fachexkursion: Niederlande – Fahrradkultur mit System. Stadt und Region Utrecht, Houten, Niederlande

Fachexkursion, 11.–13. Juni 2008 in Breukelen bei Utrecht

[www.fahrradakademie.de/fahrradkonferenz/utrecht/](http://www.fahrradakademie.de/fahrradkonferenz/utrecht/)

## Seminardokumentation Städtebaurecht aktuell: Herausforderungen durch Stadtumbau und Innenentwicklung

Seminar 2.–3.6.2008 in Berlin

[www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08staedtebaurecht/](http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08staedtebaurecht/)

## Vortrag Ethnische Ökonomie – ein Motor für die (stadträumliche) Integration? Rahmenbedingungen, Spannungsfelder und Perspektiven

[www.difu.de/extranet/vortraege/08-reimann-integration.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08-reimann-integration.pdf)

## Seminardokumentation Sichere Städte

Seminar 21.–23.4.2008 in Berlin

[www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08sichere-staedte.bericht.phtml](http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08sichere-staedte.bericht.phtml)

## Difu-Paper Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008\\_difu-paper\\_one-stop-shop.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008_difu-paper_one-stop-shop.pdf)

## Tagungsdokumentation Biodiversität, Klima und Demographie – Erhalten und den Wandel gestalten

Tagung 2.–3.4.2008 in Leipzig

[www.bfn.de/0103\\_klima\\_demografie.html](http://www.bfn.de/0103_klima_demografie.html)

## Difu-Paper Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008\\_difu-paper\\_kommunale-wirtschaftsfoerderung.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008_difu-paper_kommunale-wirtschaftsfoerderung.pdf)

## Workshop-Papiere, Vorträge und Präsentationen zum diesjährigen Difu-Ansprechpartnertreffen am 22. und 23. September 2008 in Mülheim/Ruhr

- Stadtpolitik und neue Wohnformen
- Große Einkaufszentren in der Innenstadt – Fluch oder Segen?
- Integrierte Stadtentwicklungskonzepte in Stadtregionen
- Wissen und Kreativität als Wachstumsmotoren
- Kommunaler Klimaschutz
- Investitionen in die Infrastruktur
- Konzept der Ruhrbania

Alle Vorträge, Workshop-Papiere und Präsentationen zur Veranstaltung sind im Extranet zu finden unter [www.difu.de/extranet/vortraege/08-ansprechpartnertreffen/](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08-ansprechpartnertreffen/)

## Neu im Difu-Internet

### Difu-Newsletter „Berichte“ 3/08

Gesamtes Heft als PDF:

[www.difu.de/archiv/Ber-08-3.pdf](http://www.difu.de/archiv/Ber-08-3.pdf)

Das Heft steht später auch im HTML-Format zur Verfügung: [www.difu.de/publikationen/difu-berichte/3\\_08/](http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/3_08/)

### Technische Möglichkeiten der alternativen Gestaltung städtischer Wasser- und Abwasserinfrastruktur

Technikrecherche im Rahmen des Projekts „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“.

netWORKS-Paper, Nr. 24

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=0iz7ml64>

### German Journal of Urban Studies/Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

#### Issue Vol 46 (2007), No. 2

„Urban Mobility and Social Inequity“

[www.difu.de/publikationen/dfk/en/07\\_2/](http://www.difu.de/publikationen/dfk/en/07_2/)

### Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt

Hrsg.: BMVBS, Projektleitung: BBR, Bearbeitung: Bundestransferstelle Soziale Stadt/Difu GmbH

[www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/statusbericht-langfassung.pdf](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/statusbericht-langfassung.pdf)

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: plagemann@difu.de

# Difu aktiv

**Maic Verbücheln** hielt am 23.6.2008 in Lemgo auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion einen Vortrag zum Thema „Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen“.

**Dr. Werner Heinz** referierte am 18.7.2008 im Rahmen einer zweitägigen Gemeinderatsklausur der Stadt Lahr zum Thema „Deutsche Städte im Kontext des aktuellen Globalisierungsprozesses“.

**Dr. Gerd Kühn** stellte am 2.7.2008 in Düsseldorf im Rahmen der Veranstaltung „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW gemeinsam mit den Projektpartnern das gleichnamige Forschungsprojekt und seine zentralen Ergebnisse vor.

**Cornelia Rösler** referierte in der Stadt Essen am 12.8. über die „Servicestelle kommunaler Klimaschutz“ und die kommunalen Fördermöglichkeiten der Klimaschutzinitiative des BMU.

**Cornelia Rösler** und **Vera Lorke** führten am 20.8.2008 im Auftrag des Ministeriums für

Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Werkstatt zur Lärmaktionsplanung in Düsseldorf durch.

**Antje Seidel-Schulze** referierte am 15.9.2008 auf der Statistischen Woche in Köln zum Thema „Standortprofile europäischer Städte auf Basis des European Perception Survey im Urban Audit“.

**Jens Libbe** hielt am 19.9.2008 in Wittenberg im Rahmen des internationalen Kongresses „Urbanität und Infrastruktur“ der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt einen Vortrag zum Thema „Die Zukunft der stadttechnischen Infrastrukturen“.

**Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann** hielt am 30.9.2008 im Rahmen der vom Difu in Kooperation mit CURACAO und CCRE durchgeführten Fachtagung „Mobility Management by Environmental Zones and Urban Charging – experience and practices“ den Vortrag „Urban Mobility Management framework in Germany“ im Berliner Ernst-Reuter-Haus hielt. Klaus J. Beckmann wurde von Senatorin Junge-Reyer in den Beirat des Berliner Stadtforums berufen.

## Difu-intern

### Abschied nehmen

Ende September 2008 verlässt **Ulrike Meyer** nach rund 15 Jahren Zugehörigkeit das Difu. Die gebürtige Göttingerin studierte an der Universität Hannover Architektur. Darauf folgte eine Referendarausbildung zur Bauassessorin bei der Bezirksregion in Hannover. Der Sprung in die Praxis führte sie anschließend nach Delmenhorst, wo sie nach kurzer Zeit die Leitung des Planungsamtes der Stadt übernahm. Durch die praktische Erfahrung in der Stadtverwaltung gestählt, wechselte sie im Sommer 1993 zum Difu, um sich den Fragen der Planungspraxis von wissenschaftlicher Seite zu widmen.

Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Difu gehörte Ulrike Meyer dem Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht an. Sie wirkte an zahlreichen wissenschaftlichen Projekten mit. Hervorzuheben sind beispielsweise die Untersuchungen zur Flächennutzungsplanung (1996), das Forschungsvorhaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung „Gender Mainstreaming im Städtebau“

(2003–2006), das ExWoSt-Forschungsvorhaben „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ (2004–2007) und zuletzt die „Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost“ (2007–2008). Ulrike Meyer vertrat das Difu in der Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetages und wirkte an Arbeitskreisen der ARL mit. Vielen ist Ulrike Meyer als Moderatorin von Difu-Seminarveranstaltungen bekannt, wo sie mit ihrem Temperament und ihrer freundlichen Art immer für eine angenehme und ertragreiche Atmosphäre sorgte.

Ulrike Meyer zieht es zurück zu ihren Wurzeln nach Niedersachsen. Sie übernimmt dort die Aufgabe der Regionalmanagerin in der Leader-Region „Gesundregion Wimmer-Wieste-Niederung“. Dort wird sie dann ihre zugewandte und zupackende Art sicherlich erfolgreich nutzen können und dem Difu hoffentlich auf die eine oder andere Art verbunden bleiben.



Ulrike Meyer

# Mediennachlese

... Neuerdings gibt es zahlreiche Anlässe, die Infrastruktur wieder aufmerksamer in den Blick zu nehmen: Etwa weil nach langer Diskussion in Sachen Bahn-Privatisierung der Weg über die Trennung von Verkehr und Schienen-Infrastruktur gegangen werden soll. Oder weil Eon und nun auch RWE ernsthaft erwägen, ihre Hochspannungsnetze zu veräußern. Oder weil das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) nach seiner turnummäßigen Abschätzung der kommunalen Investitions-Bedarfe gerade gemeldet hat, dass bis 2020 mehr als 704 Mrd. EUR notwendig sind, die in Straßenbau, Schulen und kommunale Abwasserbeseitigungsanlagen investiert werden müssen. Eine gigantische Summe angesichts derzeit knapp 30 Mrd. EUR jährlicher Investitionen durch Kommunen und kommunale Unternehmen. Bereits bei früherer Gelegenheit hatte das Difu auch darauf hingewiesen, dass die Kommunen – selbst oder mit ihren kommunalen Unternehmen – die Hauptlast der Infrastruktur in unserem Land tragen. Also, was ist noch zur Infrastruktur zu sagen, außer dass sie den Kommunen mehr teuer als lieb ist und die Bundeskanzlerin sie als existenziell wichtig bezeichnet. **ZfK, 6/08, 2**

... Die Stadt wird immer mehr zum Austragungsort eines ökologischen Prinzipienstreits. Sind Städte „nachhaltig“, oder sind sie Ressourcenfresser? Gipfelt in ihnen die Entwicklung der menschlichen Spezies, oder reißen sie die Menschheit rettungslos in den Abgrund? ... Das endlose Ausufern der Siedlungen in die Landschaft, der Siedlungsbrei, wird zu einer Bürde, die bei immer weiter abnehmender Bevölkerung das Finanzbudget der Städte, Länder und Staaten überlastet, den Steuerzahler und Mieter überfordert und unmessbaren ökologischen Flurschaden anrichtet. Das Gegenkonzept ist die „Stadt der kurzen Wege“, der Nutzungsmischung, der „Urbanität“, wie sie in der Tat in einigen deutschen Landstrichen neu entsteht. .... Entscheidend ist die Gesamtkonzeption: Nur die kompakte, mobile, urbane Stadt, wie sie das Deutsche Institut für Urbanistik seit zehn Jahren propagiert und wie sie ... von den Bauministern Europas in der Leipziger Charta formuliert worden ist, erscheint in den Verlautbarungen noch als tragfähiges Konzept für die vor den Deutschen liegenden Jahre der Bevölkerungsabnahme. ... Es sind die für die Stadtbewohner weitgehend unsichtbaren, ästhetisch belanglosen Versorgungsnetze, in denen sich die Leistungsfähigkeit der Stadt in Zeiten abneh-

mender Bevölkerung erweisen muss. So gesehen, ist die nachhaltige Stadt nicht vorrangig eine Kulturaufgabe, sehr wohl aber ein ökonomisches, ökologisches und gesellschaftspolitisches Erfordernis. Also Schluss mit „Schlafstädten“, „Bürostädten“, „Gewerbegebieten“. Schluss mit der Fantasterei von der „aufgelockerten Stadt“. Schluss aber auch mit der Konzentration des Einzelhandels in monströsen „Shoppingmalls“ und Einkaufszentren. **WamS, 31.8.2008**

... Inzwischen kehrt sich die deutsche Nachkriegs-Siedlungsgeschichte aber um. Jenseits eklatanter Verschuldung einzelner Städte wie Berlin spricht derzeit niemand mehr von einer Krise der Städte, was aktuell darauf zurückzuführen ist, dass die Stadtkassen dank sprudelnder Steuerquellen üppig gefüllt sind. Über diese konjunkturbedingte Momentaufnahme hinaus aber prophezeit das Institut für Urbanistik als Sprachrohr der deutschen Städte seit geraumer Zeit eine „Renaissance der Städte“. Diese Wiederbelebung hat drei Gründe: Der erste ist die demografische Entwicklung, ... . Der zweite ist, dass in den Speckgürteln immer mehr alte Menschen in Häusern wohnen, die ihnen nach dem Auszug der Kinder in die Stadt zu groß geworden sind. ... Der dritte Grund ist unser durch die Ölpreisentwicklung dramatisch verändertes Verhältnis zur Mobilität. ...

**SüdwestPresse, Leitartikel, 13.8.2008**

... „Verwaltungsmodernisierung ist eine kontinuierlich fortzuführende Aufgabe, die sich stets am aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Wandel ausrichten muss. Schon während der Umsetzung des Senatsprogramms ServiceStadt Berlin ist es daher sinnvoll, kommende Entwicklungen zu antizipieren und die Modernisierung der Berliner Verwaltung entsprechend darauf abzustimmen.“ Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat sich aus diesem Grund dafür entschieden, gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik – Difu – eine Studie über die „künftige Entwicklung kommunaler Serviceangebote in Großstädten und Auswirkungen auf Berlin bis 2016“ zu erarbeiten. ... Insgesamt sollen Politik und Verwaltung in Berlin durch die Studie in die Lage versetzt werden, sich frühzeitig auf kommende Entwicklungen einstellen zu können und Trends zu unterstützen beziehungsweise rechtzeitig gegenzusteuern, wo dies angebracht erscheint. ...

**eGovernment, 18.8.2008**



Bauminister Tiefensee (SPD) will verhindern, dass strukturschwache Gebiete in Westdeutschland genauso abrutschen wie viele Regionen in Ostdeutschland. „Auch Städte wie Duisburg, Gelsenkirchen, Bremerhaven oder das ehemalige Zonenrandgebiet in Bayern brauchen Finanzhilfen“, sagte Tiefensee der Zeitung „Die Welt“. „Wir müssen vermeiden, dass sich dort genau die Disparitäten entwickeln, die wir heute im Osten haben.“ ... Klaus Beckmann, Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik, hält das ((Zusammenführen der Förderprogramme Ost und West)) schon ab 2010 für sinnvoll. „Das alte Ost-West-Schema sollte die Förderpolitik nicht mehr lange bestimmen.“ Es sei aber richtig gewesen, in der Vergangenheit mehr Geld in den Osten zu pumpen. Die aktuelle Bewertung des Programms sei sehr positiv ausgefallen: Von den insgesamt 350 000 abzureißenden Wohnungen seien 220 000 geschafft. Viertel seien lebenswerter geworden, Städte wie Chemnitz oder Schwedt hätten profitiert. „Das kann auch ein Vorbild für den Westen sein“, sagte Beckmann.

**Financial Times Deutschland, 9.8.2008**

Rund 113 Hektar Freifläche werden zurzeit in Deutschland pro Tag in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Begründet wird dies oft mit dem Argument, dass neue Baugebiete für Gemeinden zusätzliche Einnahmen aus Steuern und dem kommunalen Finanzausgleich bringen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die vom Bundesamt für Naturschutz gefördert wurde, kommt zu anderen Ergebnissen: ... dass beim Wohnungsbau die gesamten Folgekosten für innere und äußere Erschließung sowie soziale Infrastruktur höher sein dürften als die zusätzlichen Einnahmen. ... „Kommunen sollten sich deshalb auf die Innenentwicklung konzentrieren. Das kann Kosten sparen.“ ... Die Difu-Studie bezieht vor allem auch Erfahrungen und Methoden aus den USA ein. Dort gehören Untersuchungen über die fiskalischen Wirkungen von Baulandausweisungen zum Planungsalltag. Für Deutschland ist dieser Ansatz neu. Als Antwort auf diesen Mangel wird in der Difu-Studie vorgeschlagen, eine solche „fiskalische Wirkungsanalyse“ für alle größeren Bauprojekte vorzuschreiben. Dies könnte Fehlinvestitionen verhindern und gleichzeitig neue Belastungen des Naturhaushalts vermeiden. ... In der Studie werden die notwendigen Berechnungsschritte ausführlich beschrieben und anhand von vier Beispielen vorgerechnet. ...

**Bayerische Staatszeitung, 8.8.2008**

... Teurer Sprit verdirbt die Freude am Landleben ... deshalb kehren Menschen zurück in die Städte. Dieser Kostenfaktor wird von den meisten Menschen bei der Wohnortwahl nicht richtig bedacht, erklärt Stadtforscher Prof. Klaus Beckmann. Dabei wird er immer wichtiger. „Heute haben wir demgegenüber gesteigerte Mobilitätskosten, gucken sie nur in die Benzinkosten“, weiß Prof. Klaus Beckmann vom Deutschen Institut für Urbanistik. Die Menschen reflektierten diese Frage jetzt stärker. „Und zwar die, die vor der Entscheidung stehen: gehst Du nach draußen mit Deinem Wohnstandort oder bleibst Du lieber in der Stadt. Und ich denke, insofern sind wir am Anfang solch eines Trends.“

**ARD, Plusminus 5.8.2008**

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) war seit seiner Gründung im Jahr 1973 Teil des vom Deutschen Städtetag und dem Land Berlin getragenen Vereins für Kommunalwissenschaften (VfK). Am 21. Juli 2008 hat die Mitgliederversammlung des VfK beschlossen, das Difu in eine rechtlich eigenständige gemeinnützige GmbH auszugliedern. Am 15. August 2008 erfolgten die erforderlichen Registereintragungen, so dass die Deutsche Institut für Urbanistik GmbH inzwischen rechtswirksam gegründet ist. Der VfK bleibt alleiniger Gesellschafter; die Gemeinnützigkeit ist weiterhin die Grundlage des Handelns des Difu, wie in Berlin erklärt wird. Prof. Dr. Klaus J. Beckmann wird das Institut in seiner neuen Funktion als wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer weiterhin leiten.

**Immobilien Zeitung, 4.8.2008**

Viele junge Familien träumen davon, in der Stadt zu leben. Doch sie finden keinen Wohnraum. Die Citys werden so teuer, dass abgeschottete „Wohlstandsinseln“ drohen. ... „Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht ist die Abwanderung von Familien in das Umland nicht erwünscht“, so erklärt es auch eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik ..., und diese sei „von den Familien auch nicht gewollt, sondern zumeist erzwungen“. ... Längerfristig sei mit einem „sozialen Umkippen“ innenstadtnaher Quartiere zu rechnen, mahnte das Deutsche Institut für Urbanistik in seiner Studie – und zwar mit einem Umkippen hin zur „Wohlstandsinsel“. ... ((Es gelte)) „die Vorstellung vom familienfeindlichen Stadtleben sowohl seitens der Stadtplanung als auch der Wohnungswirtschaft zu korrigieren“, so das Deutsche Institut für Urbanistik, „ein Leitbild des ‚familien- und kindgerechten Wohnens‘ für innenstadtnahe Gebiete zu entwickeln“. ...

**DER SPIEGEL, 28.7.2008**

## Impressum

### Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH  
Postfach 120321, D-10593 Berlin  
www.difu.de

### Redaktion

Robert Seefeldt (Praktikant)  
Cornelia Schmidt  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

### Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

### Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: verlag@difu.de  
Telefon: 030/39001-253

### Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: presse@difu.de

### Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

### Erscheinungsweise

vierteljährlich

### Jahrgang

Jahrgang 34

### ISSN

ISSN 1439-6343

### Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

### Druck

P & R Druck, Berlin.  
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

### Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.  
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten.

**Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: 

**Versandkostenpauschale:** Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

**Edition Difu – Stadt Forschung Praxis****\_\_ Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszenter**

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann

2008. Bd. 7. Ca. 240 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., ca. 35,- Euro

ISBN 978-3-88118-461-8, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung**

Von Werner Heinz

2008. Bd. 6. Ca. 400 S., ca. 34,- Euro

ISBN 978-3-88118-456-4, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik**

Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement

Hrsg. von Holger Floeting

2008. Bd. 5. 288 S., 31,- Euro

ISBN 978-3-88118-450-2

**\_\_ Expl. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen**

Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien

Von Michael Reidenbach u.a.

2008. Bd. 4. 468 S., 41,- Euro, ISBN 978-3-88118-454-0

**\_\_ Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage

Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt

2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

**Difu-Impulse****\_\_ Expl. Regulierung des städtischen Autoverkehrs**

Parkraummanagement, City-Maut und Umweltzonen

Hrsg. von Tilman Bracher und Michael Lehmbrock

Bd. 6/2008. 132 S., Schutzgebühr 18,- Euro,

ISBN 978-3-88118-460-1

**\_\_ Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu?**

Dokumentation des Seminars von Difu, DST und AGFJ

Hrsg. von Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua

Bd. 5/2008. 74 S., Schutzgebühr 15,- Euro

ISBN 978-3-88118-455-7

**\_\_ Expl. Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden**

Umfrage zur „Organisation und Aufgabenwahrnehmung

Unterer Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen“

Von Claus-Peter Echter und Andrea Grimm

Bd. 3/2008. 100 S., Schutzgebühr 15,- Euro

ISBN 978-3-88118-438-0

**Difu-Arbeitshilfen****\_\_ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche**

Von Arno Bunzel, Heinz Janning, Stefan Kruse und Gerd Kühn

2008. Ca. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr ca. 33,- Euro

ISBN 978-3-88118-462-5, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß

2007. 222 S., Schutzgebühr 31,- Euro

ISBN 978-3-88118-430-4

**Difu-Papers****\_\_ Expl. Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft**

Von Maic Verbücheln

2008. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Lebenszufriedenheit in europäischen Städten**

Auswertung des Urban Audit European Perception Survey

Von Antje Seidel-Schulze

2008. Ca. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven**

Von Beate Hollbach-Grömig und Holger Floeting

2008. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen**

Von Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig

2008. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**Zeitschriften****\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft I/2008: Wohnen in der Innenstadt: Neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Herausforderungen an die Städte

Ca. 120 S., ISBN 978-3-88118-463-2, in Vorbereitung

Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro

**\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2007: Städtische Mobilität und soziale Ungleichheit

124 S., ISBN 978-3-88118-453-3

Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro

**\_\_ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 1/2008:

Stadt und Industriekultur

128 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,-